

Benachbaltungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben. Redaktion: SW. 68, Cindensstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292 - 291. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts

SW

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Donnerstag

14. April 1927

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 8 1/2 bis 5 Uhr. Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Cindensstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292 - 291.

Bürgerkrieg in Schanghai.

Blutige Kämpfe und Massentret. - Vordringen der Nordtruppen.

Paris, 14. April (Eigener Drahtbericht). Aus Schanghai wird gemeldet, daß als Protest gegen die Erstürmung des Hauptquartiers der kommunistischen Gewerkschaften am Dienstag durch die nationalen Truppen am Mittwoch mehr als 100 000 Arbeiter in Schanghai die Arbeit niedergelegt haben. Die ganze Industrie ist lahmgelegt und besonders der Straßenbahnverkehr ist völlig eingestellt. Vor mehreren Fabriken ist es auch von neuem zu Zusammenstößen zwischen Arbeitern und nationalen Truppen gekommen, wobei über 50 Arbeiter ums Leben gekommen sind.

Aus Schanghai wird weiter gemeldet, daß die Erfolge der Nordtruppen zunehmen. Sie haben am Mittwoch den Knotenpunkt der Eisenbahnlinie von Tientsin Pao kiu besetzt, ohne auf Widerstand zu stoßen und warten dort das Eintreffen von Verstärkungen ab, um Nanjing anzugehen. Die roten Truppen haben Tschingliang geräumt und so den Nordtruppen den Weg nach Schanghai geöffnet.

Japan verdoppelt seine Mandchurei-Truppen.

London, 14. April. (WIB.) „Times“ meldet aus Tokio: Die einzige (!) Grundlage der Gerüchte über eine Mobilmachung in Japan ist die Tatsache, daß die Division, die die in der Mandchurei in Garnison liegende Division ablösen soll, in diesem Jahr im April statt wie sonst im Mai hingehet und daß das Datum der Zurückziehung der abgelassenen Division noch nicht festgesetzt ist. Japan wird also vorläufig zwei Divisionen statt einer in der Mandchurei haben.

Keine Sowjettruppen nach Ostasien gesandt.

Moskau, 13. April. Die Telegraphenagentur der Sowjetunion ist ermächtigt, zu erklären, daß alle in der ausländischen Presse verbreiteten Gerüchte über eine Verschiebung von Sowjettruppen nach dem Osten oder eine Truppenzusammenziehung an der Grenze der Mandchurei usw. eine

fälschliche und provokatorische Erfindung darstellen. Die friedliche Haltung der Sowjetregierung sei mit besonderer Klarheit in ihrer Note an die Peking-Regierung vom 9. April dargelegt worden.

Amerika gegen eine Gangseblokad.

New York, 13. April. (WIB.) World erfährt im Staatsdepartement, daß der Vorschlag des britischen Botschafters, die Gangschiffen zu blockieren, falls die Forderungen der Note an die Kantonregierung nicht erfüllt würden, von Kellogg abgelehnt wurde. Die Regierung der Vereinigten Staaten sei bemüht, die bestehenden Reibungen zu vermindern statt sie zu verschärfen.

China und Abrüstung im Unterhaus.

London, 14. April. (WIB.) Chamberlain teilte mit, daß die britischen Truppen in China jetzt insgesamt 16 Infanteriebataillone mit den notwendigen Hilfstruppen umfassen. Außerdem seien vier Bataillone auf dem Wege nach China. Das Flottenpersonal einschließlich eines Bataillons Marinetruppen umfasse ungefähr 14 000 Mann.

Der Arbeiterführer Clynes fragte den Premierminister, ob er irgendeine Erklärung über die Verhandlungen in Genf abgeben und ob er versichern könne, daß die britischen Vertreter nicht durch starre Anweisungen behindert würden. Baldwin erwiderte: „Ich glaube, die Abgabe einer Erklärung im gegenwärtigen Stadium würde wenig Vorteil haben, insbesondere, da ziemlich eingehende Berichte über die Verhandlungen in der Presse erschienen sind. Ich kann versichern, daß der britische Vertreter in dauernder Verbindung mit seiner Regierung gestanden hat, und daß die Vorschläge, die er vorgelegt hat, wohl erwogen worden sind. Es ist in der Tat richtig, wenn man sagt, daß Zugeständnisse in wichtigen Punkten in den meisten Fällen von britischer Seite gekommen sind.“ (!)

Die Genfer Vorkonferenz geht weiter!

Erfolgreicher Vermittlungsvorschlag de Brocares.

Genf, 14. April. (Eigener Drahtbericht). Der zähen Ausdauer und dem Erfindungsgeist des Genossen Brocares ist es heute, also im letzten Moment vor der ins Auge gefassten Tagung gelungen, auf dem die Beratungen der vorbereitenden Abrüstungskommission weitergeführt werden können bis zur gänzlichen Beendigung der ersten Lesung der Konventionsskizze. Er schlug für das weitere Verfahren eine Teilung der Abrüstungskonvention vor: einen ersten Teil, der die ganze Konventionsangelegenheit mit samt den auch für die Vereinigten Staaten annehmbaren Kontrollbedingungen umfaßt, und einen zweiten Teil mit weitergehenden Kontrollmaßnahmen für die Mitgliedstaaten des Völkerbundes.

Der französische Delegierte war nicht besonders erfreut, weil er an eine Einigung auch nur unter den Völkerbundsstaaten zweifelt und die französische Regierung für die kommenden politischen Verhandlungen der Regierungen ihre günstige Position, d. h. weitestgehende Bereitwilligkeit zur gegenseitigen Abrüstungskontrolle so sichtbar wie nur möglich erhalten möchte. Lord Cecil, der den Vorschlag de Brocares unterstützte, wünscht andererseits vor allem durch eine Weiterführung der Beratungen bis zur Wirtschaftskonferenz (4. Mal) den schlechten Eindruck einer Vertagung der Kommission zu verhindern und Genosse de Brocares hofft zweifellos die verschiedenen Auffassungen über die Maßnahmen unter den Völkerbundsstaaten bis auf diejenigen Italiens, die weniger in Betracht kommen, ziemlich berücksichtigen zu können. So wurde beschlossen, zunächst acht Tage Osterferien zu machen und vom nächsten Donnerstag an weiter zu tagen.

„Die Abrüstung eine Rechtspflicht.“

Genf, 14. April. (WIB.) In seiner Begründung unterzeichnet der belgische Delegierte die Notwendigkeit, die Arbeiten fortzusetzen und die erste Lesung zu einem Abschluß zu bringen, wobei er auf die Verpflichtung aller Unterzeichner des Versailles-Vertrages auf Grund Artikel 8 des Völkerbundsstatutes hinwies, die eine moralische und juristische Verpflichtung für alle Unterzeichner darstelle.

Die Schuld der anderen.

Cecil verteidigt Englands Haltung in der Abrüstung.

Genf, 13. April. (WIB.) Bei einem Presseempfang wandte sich Lord Robert Cecil sehr entschieden gegen die Behauptung, daß England daran schuld sei, daß der Vorbereitungsausschuß für die Abrüstungskonferenz mit seinen Arbeiten nicht weitergekommen sei. Er bezeichnete es als völlig unwahr, daß die englische Regierung den Abrüstungsgedanken nicht ernst nehme. Nicht weniger verteidigt er es, von einem Bankrotte der gegenwärtigen Arbeiten zu sprechen, und zwar mit der einzigen Begründung, daß man sich in der Frage der Seeabrüstung nicht sofort einigen konnte. Cecil verteidigte im übrigen vor allem den englischen Vorentwurf über die Seeabrüstung, der nicht nur den Vorteil gehabt hätte, eine

vollständigere Abrüstung zur See zu ermöglichen, als der französische und sich ohne weiteres in das Washingtoner Abkommen einfüge, sondern auch den weiteren Vorteil, daß er gerade die besonderen Interessen der zur See schwächsten Staaten am besten geschützt hätte. In bezug auf die Landabrüstung unterstrich er besonders den Umstand, daß England die Einbeziehung der frisch ausgebildeten Reserven verlangte, aber mit dieser Forderung Frankreich und anderen Kontinentalmächten gegenüber nicht durchdringen konnte, obwohl es vollständig klar sei, daß der Wert der kaum entlassenen Reservisten im Kriegsfall nicht geringer sei, als der kurz vor Abschluß ihrer Ausbildung stehenden Mannschaften.

Er gab schließlich der Meinung Ausdruck, daß ohne die Einreichung des englischen Vorentwurfes die wochenlangen Debatten kaum zu einem Ergebnis und vor allem zu einem weniger ehrlichen Ergebnis geführt hätten, als es jetzt, wenn auch noch nicht abgeschlossen, immerhin bereits vorliegt. Dieses Ergebnis stelle in der ganzen Weltgeschichte den wichtigsten Schritt auf dem Wege zur Abrüstung dar.

Boncour warnt vor „banalem Optimismus“.

Genf, 14. April. (WIB.) Paul Boncour gab bei einem Empfang der internationalen Presse der Meinung Ausdruck, daß die Auseinandersetzung über das Abrüstungsproblem für die nächste Zeit außerhalb des Vorbereitungsausschusses und vor allem bei den Regierungen selbst liege. Eine Fortsetzung der diesigen Aussprache wäre nutzlos, obwohl er dazu bereit sei. Um aber zu einem Ziel zu gelangen, müsse zunächst zwischen den Kabinetten verhandelt werden. Solange nicht von ihnen eine Verständigung über die wichtigsten Fragen, vor allem über die Seeabrüstung, aber auch über die Kontrollfrage erzielt sei, erscheint Paul Boncour die Annahme der zweiten Lesung wenig wahrscheinlich. Auch die gleichmäßige Regelung der Begrenzung der Effektivebestände bei Land-, Luft- und Seestreitkräften, die im Augenblick noch umstritten ist, erscheint ihm in dieser Hinsicht maßgebend. Auf französischer Seite verhehlt man sich nicht, daß England in der Kontrollfrage, vor allem in bezug auf die Verpflichtung, sich im voraus jeder Kontrolle auf eigenem Boden zu unterwerfen, lange nicht so weit geht wie Frankreich. Angesichts der augenblicklichen Lage, in der weder in der Flotten- noch in der Kontrollfrage das Kernproblem gelöst ist, warn Paul Boncour vor jedem „banalen Optimismus“, obwohl er andererseits der Meinung ist, daß die bestehenden allerdings noch tief greifenden Unstimmigkeiten überwunden werden können. Paul Boncour glaubt, daß die gegenwärtigen Abrüstungsverhandlungen am meisten durch den Umstand belastet werden, daß die Sicherheitsfrage, die eine Voraussetzung für die Durchführung der Abrüstung sei, seit dem Abschluß des Locarno-Vertrages noch keine weiteren Fortschritte gemacht hat. Nach seiner Auffassung hätten, da das Genfer Protokoll nicht zustande kam, wenigstens die regionalen Sicherheitsverträge auf den Balkan, das Baltikum und das Mittelmeer ausgedehnt werden müssen.

Der Kurs der Weltwirtschaft.

Weltwirtschaftskonferenz und Arbeiterschaft.

Von Wilhelm Eggert.

Als die sechste Völkerbundsversammlung sich für die Einberufung einer Weltwirtschaftskonferenz entschied, ließ sie sich von dem Gedanken leiten, „die Natur der internationalen Wirtschaftsstörungen zu untersuchen und die besten Mittel aufzuzeigen, um diese zu überwinden und Konflikte zwischen den Völkern zu vermeiden“. In diesen weitgefaßten Rahmen spannt sich die Tagesordnung der Konferenz. Was während des Krieges und in der Nachkriegszeit störend in die Weltwirtschaft eingedrungen ist, das soll die Konferenz, entsprechend der Zielsetzung durch den Völkerbund, bloßlegen und Mittel der Beseitigung aufzeigen. Wie wird nun die Konferenz diese geschichtliche Aufgabe lösen und welche besonderen Fragen ergeben sich für die Gewerkschaften?

Ein Hauptpunkt steht natürlich im Vordergrund. Das ist die Stabilisierung aller Währungen. Die arbeitende Klasse, Dulder und Opfer der Währungserschütterungen, muß Bürgschaft für feste Währungsverhältnisse in der Welt fordern. Das unberechenbare Element der Unruhe, wie es durch die Möglichkeit von Währungserschütterungen gegeben ist, muß aus der Weltwirtschaft verschwinden. Eine Garantie hierfür könnte durch Vereinbarungen und methodische Zusammenarbeit der Zentralnotenbanken der Wirtschaftsmächte sehr wohl geschaffen werden. Man darf sich aber über die Schwierigkeiten einer solchen Aktion nicht täuschen. Sie zeigen sich schon bei den Beratungen im vorbereitenden Ausschuss für die Weltwirtschaftskonferenz. Besonders sind es die einzelnen Länder, welche sich in das Recht ihrer Finanzhoheit und Finanzgebarung von niemandem hineinreden lassen wollen. Vorausgesetzt, daß die Konferenz gründlich mit dem Operationsmesser dem Währungsaspekt zu Leibe geht, bleibt immerhin die Frage offen, ob die einzelnen Länder hier, wie es notwendig ist, mitemein werden.

Zugänglicher scheinen die Länder, wenigstens einige von ihnen, einer Bekämpfung des üppig wuchernden Protektionismus. Aber auch hier wird es sich nur um Vorarbeiten handeln können und diese werden nach der Festlegung der Währung bei der Schaffung eines einheitlichen internationalen Zolltariffes beginnen müssen. Die Zolltarife Europas unterscheiden sich heute in ihrem Aufbau und in ihrer Gliederung durchaus. Noch vielgestaltiger und wirrer ist das Bild der Zolltarife der Welt. Durch ein einheitliches Zolltariffeschema wird man unendliche Schwierigkeiten beseitigen. Da nun die einzelnen Länder darauf schwören, daß ihr eigenes Schema das allein beste ist, darf man auch hier die Hoffnungen nicht allzu hoch spannen. Im Zusammenhang mit dem einheitlichen Zolltariffeschema müßten einheitliche Zollvorschriften vereinbart und Richtlinien für den allmählichen Abbau der Zölle festgelegt werden. Wir glauben allerdings nicht, daß der Zollabbau selbst beim besten Willen aller Beteiligten schnell durchzuführen ist. Selbst von der Interessensphäre der arbeitenden Klassen, deren wirtschaftliche Organisationen, die Gewerkschaften, für das Prinzip des Freihandels kämpfen, aus betrachtet, muß der Zollabbau einpaarweise erfolgen, um ein Wirtschaftschao zu verhüten, das schlimmer wäre als der Zollprotektionismus. Vermutlich wird die Konferenz allgemeine Richtlinien dieser Art aufstellen. Vielleicht auch dürfte sie Konventionen der mitteleuropäischen Länder empfehlen. Jede dahin zielende Arbeit wird von den Gewerkschaftsvertretern auf der Konferenz lebhaft unterstützt werden. Liegen doch alle diese Anfangsarbeiten auf dem Wege der internationalen Arbeitsteilung und Wirtschaftsverständigung, denen die wirtschaftliche Tätigkeit der Gewerkschaften gewidmet ist.

Die Konferenz wird selbstverständlich an dem Arbeitslosenproblem in den europäischen Ländern nicht vorbeigehen können. Es gibt merkwürdigerweise Wirtschaftswissenschaftler, die sagen, die Gewerkschaften seien durch die Hochhaltung der Löhne und Gehälter schuld an der Wirtschaftskrise und der Erwerbslosigkeit. Sie behaupten, weil die Gewerkschaften Löhne und Gehälter hochhalten, können die Preise nicht sinken, die Erzeugnisse nicht konsumiert werden, die Wirtschaftskrise nicht ablaufen und das Millionenheer der Erwerbslosen nicht in die Betriebe zurückgebracht werden. Diese Lehre übersieht unbegrifflicherweise den Umstand, daß trotz des Sinkens der Produktionskosten infolge einer gigantischen Rationalisierung die Preise im allgemeinen hoch geblieben sind. Sie überieht vor allen Dingen die Wirkung der Preiskartelle in den einzelnen Ländern. Gerade dieser Umstand dürfte zu Kontroversen auf der Konferenz führen. Für die Gewerkschaften bleibt aber das Erwerbslosenproblem in erster Linie ein Problem der staatlichen Fürsorge jedes Landes. In den einzelnen Ländern müssen Preise und Realeinkünfte der Verbrauchermassen, müssen Produktion, Leistung und Arbeitszeit in Einklang gebracht und ausgeglichen werden. Gewiß kann durch internationale Hilfsmassnahmen auf dem Gebiet der Freizügigkeit und des Niederlassungsrechts die Erwerbstätigkeit gemindert, aber nicht endgültig beseitigt werden. Sie bleibt das einzelstaatliche Problem, dessen Lösung in den Ländern er kämpft werden muß.

In der internationalen Kartellierung sehen die Gewerkschaften eine weitere privatkapitalistische Entwicklungsphase. Sie ist doch nur der Ausdruck dafür, daß

gewisse einzelstaatliche Industriezweige in die Weltwirtschaft hineinwachsen. Der Privatkapitalismus, der jahrzehntlang die internationale Arbeiterbewegung bekämpft hat, tritt nun selbst auch organisatorisch aus dem Rahmen nationaler und kontinentaler Grenzen hinaus in den breiteren Rahmen der Weltwirtschaft. Die Gewerkschaften wollen eine solche Entwicklung nicht hindern. Sie haben aber auch keinen Anlaß, sie zu fördern. Wo sich aber diese Entwicklung vollzieht, fordern die Gewerkschaften eine ständige Aufsicht internationaler Kartellvereinbarungen, die sich aus einzelstaatlichen Kontrollämtern gegenüber monopolistischen Unternehmerorganisationen zweckmäßig aufbauen muß. Zum mindesten muß mit der Kontrolle internationaler Kartelle zugleich die Kontrolle monopolistischer Unternehmungen in den einzelnen Ländern organisiert werden.

Die Konferenz wird in ihrer weiteren Zielsetzung nur dann Erfolg haben, wenn sie keine vorübergehende Erscheinung bleibt und für die Bearbeitung weltwirtschaftlicher Streitfragen eine dauernde Organisation schafft, einen Verwaltungsorganismus unter der Oberhoheit des Völkerbundes, der seine Arbeiten im einzelnen ergänzt und endgültig durchführt. Die Schaffung eines solchen internationalen Wirtschaftsorgans ist die allerwichtigste Aufgabe der Weltwirtschaftskonferenz. Es hätte über die wirtschaftlichen Verhältnisse in der Welt zu wachen, die Produktions- und Handelsstatistiken zu fördern, den Gedanken der wirtschaftlichen Zusammenarbeit unter den Völkern zu pflegen und die Vermittlung des Ausgleichs handelspolitischer Konflikte der Länder zu übernehmen. Gleich dem Internationalen Arbeitsamt mit seinen Arbeitskonferenzen müßte das Internationale Wirtschaftsamtsamt in periodischen Konferenzen die letzten wirtschaftlichen Probleme erörtern und ihre Lösung anstreben. Die Weltwirtschaftskonferenz wird einen Sinn und Zweck haben, wenn sie so den Beginn der weltwirtschaftlichen Zusammenarbeit einleitet. Das Tempo einer solchen Zusammenarbeit — dieses Wort richtet sich besonders an die Arbeiterschaft — wird nicht von der Weltwirtschaftskonferenz oder von einem künftigen Wirtschaftsamtsamt bestimmt, sondern von den lebendigen und organisierten Kräften der Wirtschaft in den einzelnen Ländern.

Die Finanzmiskwirtschaft des Reiches.

Zur Kritik des Reichsrates.

In der gestrigen Sitzung des Reichsrates, über die wir bereits berichtet haben, wurde vor Beratscheidung des Reichshaushaltes scharfe Kritik an der Führung der Reichsfinanzen geübt. Ministerialdirektor Sachs erklärte als Berichterstatter, daß zur Herstellung des Gleichgewichts in der ursprünglichen Regierungsvorlage 525 Millionen infolge der Steuererhöhung des vergangenen Frühjahrs fehlten. Im Jahre 1928 werden neben diesem Betrag auch die Ueberreste sowie der Betriebsmittelfonds nicht mehr da sein, die jetzt zur Deckung herangezogen worden sind. Ferner werden die M ü n z g e w i n n e fortfallen. Rechnet man dazu noch die zu erwartenden Mehrausgaben für Reparationen, so werden im Jahre 1928 nicht weniger als 1,4 Milliarden Mark fehlen, ohne daß die großen Ausgaben berücksichtigt worden sind, die der Reichstag selbst als dringlich anerkannt hat, so die Beamtenbesoldung, eine bessere Versorgung der Kriegsbeschädigten und der Liquidationsgeschädigten. Unter diesen Umständen wurde die Finanzlage des Reiches als außerordentlich ernst bezeichnet.

Diese Kritik des Reichsrates bestätigt die Ausführungen, die die sozialdemokratischen Redner zum Reichshaushalt gemacht haben. Wenn nicht große Ersparnisse in der Verwaltung und insbesondere beim Heeresetat erzielt werden, schliddet die Finanzmiskwirtschaft des Reiches unweigerlich in eine Pumpwirtschaft hinein. Anstatt nun an überflüssigen Ausgaben zu sparen, hat der Rechtsblock noch erhebliche Sonderzuwendungen für Bayern und andere süddeutsche Staaten übrig gehabt, während gleichzeitig die sozialen Ausgaben rücksichtslos zusammengestrichen wurden. Die Kritik des Reichsrates ist

also im Grunde berechtigt. Es ist erforderlich, daß zeitigen die Öffentlichkeit auf das Mißverhältnis von Einnahmen und Ausgaben des Reiches aufmerksam wird, damit der Reichstag nicht wieder bei Aufstellung des nächsten Etats vor vollendeten Tatsachen steht.

Die Deckung der Barmarkkredite.

Der Wert der Aktienpakete.

Heute wurde im Barmark-Prozess die Verhandlung fortgesetzt bei der Bewertung der Effekten, die als Deckung für den Kredit der Girozentrale gebietet hatten. Unter dem 4. Juli hatte Klenske an die Deutsche Girozentrale ein Schreiben gerichtet, in dem eine Reihe von Aktienpaketen als Unterlage für den geforderten Kredit angeboten wurden, u. a. das Aktienpaket der Julius Wolff A.-G., das mit einer Million bewertet worden war, während der tatsächliche Wert nach dem Gutachten des Sachverständigen höchstens 150 000 Mark betragen hätte. Dies Aktienpaket ist schließlich aber nicht als Deckung gegeben worden, weil die Angeklagte Klenske nicht als Deckung gegeben worden, weil die Angeklagte Klenske, ihm seien die Werte so angegeben worden, von wem, wisse er nicht mehr, vielleicht von Dr. Bernstein. Auch Julius Barmark erklärte, daß er das Paket nie bewertet habe. Der Vorsitzende hielt dann Klenske vor, daß er in dem Schreiben an die Girozentrale geschrieben habe: „Wir machen darauf aufmerksam, daß wir die Werte der heutigen Zeit entsprechend niedrig angelegt haben.“ Klenske erklärte hierzu, daß er von den Verhandlungen über den zehnmillionenkredit gar nichts gewußt, sondern geglaubt habe, daß es sich lediglich um 2½ Millionen handelte. Auch Barmark wies darauf hin, daß die Girozentrale ja die Deckungen habe prüfen wollen. Die Bewertungen seien nicht aus der Luft gegriffen, sondern aus Aktien genommen. Der Vorsitzende betonte, daß die Angeklagten Staub und Rabinowicz, von denen der eine allerdings gegenwärtig verreist sei, nach Ostern zu diesem Fragenkomplex gehört werden sollen. Rechtsanwält Juliusberger machte noch darauf aufmerksam, daß Klenske und Barmark über diese Dinge nichts wußten, sondern daß die Angeklagten Staub und Rabinowicz, wenn auch nicht juristisch, so doch wirtschaftlich dafür verantwortlich seien.

Lehrertagung gegen Konkordat.

Für die Simultanlehre.

Frankfurt a. O., 14. April (M.B.) Das Ergebnis der großen Provinzial-Lehrertagung in Frankfurt a. O., die an 1000 Vertreter der märkischen Lehrerschaft hier versammelt sah, waren zwei bedeutsame Entschlüsse. Zur Frage des Konkordats nahm die Versammlung folgende Entschlüsse an: „Die Brandenburgische Lehrerschaft erkläre eine schwere Gefährdung der Staatsrechte darin, wenn nicht durch Staatsgesetz sondern durch Konkordat das Verhältnis des Staates zu den Kirchen geregelt werden soll. Mit größter Entschiedenheit vermahnt sie sich dagegen, daß etwa durch Konkordat den Kirchen Rechte und Einflüsse in den öffentlichen Schulen eingeräumt werden und dadurch der reichsgesetzlichen Regelung vorgegriffen wird. Sie erwartet, daß der Staat nie und nimmer sich seiner alleinigen Hoheitsrechte über die Schulen beraubt. Jede Abhängigkeit der Schule von außerstaatlichen Einwirkungen muß die Aufwärtsentwicklung des Schulwesens hemmen und schwersten schädigen.“ Zu dem Reichsschulgesetz faßte man die folgende Entschlüsse, die unter allgemeinem Beifall einstimmig angenommen wurde: „Die Brandenburgische Lehrerschaft hält die religiöse Unterweisung der Kinder für einen wichtigen Bestandteil des gesamten Erziehungswerts und weist den Vorwurf der Religionsfeindlichkeit mit Entschiedenheit zurück. Für die reichsgesetzliche Regelung des Verhältnisses zwischen Staat, Schule und Kirche gilt folgendes: 1. die allgemeine öffentliche Volksschule ist ausschließlich eine Veranstaltung des Staates und steht unter staatlicher Aufsicht. 2. Sie ist grundsätzlich für Kinder aller Bekenntnisse und Weltanschauungen gemeinsam. 3. Religion ist ordentliches Lehrfach. 4. Lehrer und Schüler erhalten volle Gewissensfreiheit durch die Möglichkeit der Ablehnung des Religionsunterrichts.“

Ein Bleistiftstrich.

Von Zoda.

Zu Ostern hat man so seine kleinen Verpflichtungen. Jeder kennt ein paar Kinder in seiner Nähe, denen er einige Kleinigkeiten schenkt.

Ich habe meinen Osterbedarf in diesen Tagen im Warenhaus gedeckt. Am lustigsten sind eigentlich die kleinen Küten, die ich erstanden habe. Spottbilliges Zeug: das ganze Duzend eine einzige Mark, aber ich weiß, daß sie für hundert Taler Spaß machen werden. So ein Küten hat die Größe einer Streichholzschachtel. Es steht fergengerade auf seinen beiden breit auslaufenden Wattebeinen, und die hölzernen Flügelchen bammeln etwas melancholisch an seinen beiden Hüften herunter. Bekleidet ist es mit aufgemalten schwarzen Anziehosen, die sich über ein wohlgenähtes Bäuchlein spannen und mit einem weißen Leibchen, das in der Halsgegend von einer phantastisch geschlungenen himmelblauen Künstlertramäse überdeckt wird. Auf seinem kahlen Köpfchen aus intensivstem Garçon-Legis-Teitel-Gelb, gondelt ein sorgföses Tirolerhütchen, das eine schwungvolle Bivatscheife verkörpert. Das Ganze blüht aus zwei lustigen Augen, über den scharf nach vorn stoßenden spitzen Schnabel hinweg, furchtbar ahnungslos, furchtbar selbstherrlich, in die große weite Welt hinaus...

Ein hübsches, nettes, anspruchloses Ostergeschenk, solche Küten! So recht was für Kinder, die daran ihre Freude haben sollen.

Indessen: ich habe an einem der Küten etwas entdeckt. Nicht viel, keinen Schönheitsfehler, nur: an dem weißen Leibchen ein paar hingekritzelt Bleistiftlinien. Diese Linien bestehen aus einem senkrechten Strich, von dem, in der Nähe seines oberen Endes, zwei Querstriche abzweigen. Diese Linienanordnung hat ungefähr die Form einer Fahne und weist alle Merkmale hingeworfener Flüchtigkeiten auf.

Ich ahne, was es auf sich hat mit diesen Strichen. So unauffällig sie sind, eine so nebenwärtige Rolle sie in der Gesamterscheinung des Küten auch spielen: sie versehen mich aus der Atmosphäre fröhlichen Kinderlächelns und harmloser Gebetsdrigkeit in irgendein kleines Dörfchen. In diesem Dörfchen hocken, in langer Zeile oneinandergeperlt, schmucklose, niedrige Häuser. In diesen Häusern sind laible Zimmer, mit knarrenden Dielen, mit abdröckelnden Wänden. Darin steht ein Tisch. Um ihn herum sitzen bleiche, höhnwängige, freudlose Menschen... viel Kinder darunter... und diese Menschen schneiden, kleistern, malen. Weiße Leibchen, weiße Leibchen, weiße Leibchen... schwarze Hosen, schwarze Hosen, schwarze Hosen... jeder immer seines, jeder immer dasselbe. Stundenlang, abendlang, nächtelang immer, immer dasselbe: grüne Hütchen, grüne Hütchen, grüne Hütchen... rote Schleifen, rote Schleifen, rote Schleifen... Heimarbeit, Heimarbeit. Einer von ihnen zählt ab. Jedes zehnte Küten, jedes hundertste, jedes tausendste,

ich weiß nicht, jedes wievielte, bekommt einen Bemerk: ein paar stüchtige Bleistiftstriche. Eine neue Serie ist damit beendet, steht bereit fürs Verpacken, kann hinausgehen in die Welt und bringt ein paar armselige Groschen ein, von denen man heute noch nicht weiß, ob man sie fürs tägliche Brot, für die notwendigste Kleidung oder für die rüdständige Riete wird verwenden müssen.

Ich sehe es mir recht genau an, das kleine Bleistiftzeichen. Ja, gewiß, es hat die Form einer Fahne, aber diese Fahne hat die Form eines Rotsignals.

Ein Blick, daß die Kinder, die ich beschenken will, die Sprache des Bleistiftstriches nicht verstehen. So werden sie sich hoffentlich während der Ostertage recht ergötzen an dem weißen Leibchen, den lustigen Augen und dem festen Hütchen, währenddessen anderswo Kinder zu dieser Stunde vielleicht in endloser Einformigkeit malen: weiße Leibchen, weiße Leibchen, weiße Leibchen... grüne Hütchen, grüne Hütchen, grüne Hütchen...

Wie man einen Strom über Berge transportiert.

Los Angeles hat jetzt mit dem einzigartigen Unternehmen begonnen, einen wesentlichen Teil des Colorado-Flusses über eine Entfernung von mehr als 400 Kilometer durch Wüsten und über hohe Berge zu seinem Gebrauch zu transportieren. Dieses Unternehmen, das vom Ingenieurstandpunkt aus nur von dem Panama-Kanal übertroffen wird, soll sieben bis neun Jahre zur Ausführung in Anspruch nehmen und wird etwa 175 Millionen Dollar kosten. Edgar Lloyd Hampton, der im „Scientific American“ die ersten näheren Angaben über diesen gigantischen Plan macht, meint, daß er sich nur mit dem Aquädukt des Owens-Flusses vergleichen läßt, einer Leistung, die ebenfalls von Los Angeles 1908 unternommen und fünf Jahre später beendet wurde. Auch damals schon war es unbedingte Notwendigkeit, die Wasserversorgung von zwei Millionen Menschen durchzuführen, da sich die Bevölkerung und die Industrien in diesem Gebiet so überraschend schnell vergrößerten. Jetzt muß man bereits wieder Wassermangel befürchten, da nach Ablauf der nächsten zehn Jahre eine Bevölkerung von zehn Millionen Menschen ohne neue Maßnahmen an Wassermangel leiden würde. Die Ableitung des Colorado-Flusses erfordert ein viermal so großes System als die des Owens-Flusses. Für die Arbeiten werden Wasserleitungen, Telephon-einrichtungen, Anlagen für elektrisches Licht und Kraft notwendig, die für jede Strecke der 400 Kilometer benutzt werden können. 60 verschiedene Arbeiterlager werden auf der Strecke eingerichtet in Zwischenräumen von etwa acht Kilometer, und Heimstätten für 5000 Arbeiter müssen geschaffen werden.

Das Wasser, wie es aus dem Fluß kommt, wird zunächst in ein Infiltrations-Reservoir geleitet, mit dessen Bau am Westufer des Colorado bereits begonnen ist. Es dehnt sich nach Süden über 30 Kilometer aus; sein Südenende bildet den Anfang der eigentlichen Wasserleitung, die aus Stahl und Beton mit einem Durchmesser von 18 Fuß gebaut wird und in den Aufnahme-Reservoiren der Vorstädte von Los Angeles endet. Eine solche Anlage wäre schon an und für sich eine schwierige Unternehmung, aber erhöht werden diese

Italien weicht aus.

Der Tirana-Vertrag geht Jugoslawien nicht an!

Rom, 14. April. (Agenzia Stefani.) Das Pressebureau des Ministerpräsidenten veröffentlicht folgende Erklärung: Aus Anlaß einer von der jugoslawischen Agentur Avala in Belgrad veröffentlichten Mitteilung, in der von direkten Verhandlungen gesprochen wird, welche in dieser Woche zwischen Rom und Belgrad beginnen sollten, hält es die italienische Regierung für richtig bekanntzugeben, daß noch keine F ü h r u n g e n a n n a h m e zwischen dem jugoslawischen Gesandten in Rom und dem Minister des Äußeren Mussolini stattgefunden hat, daß noch kein Datum für eine eventuelle Unterredung festgesetzt ist und daß es sich in jedem Falle nicht darum handelt, Vorbereitungen oder Verhandlungen über einen Vertrag wie denjenigen von Tirana, der den jugoslawischen Staat nicht betrifft, einzuleiten, sondern, daß es sich einzig und allein um Besprechungen handelt, die die allgemeinen Beziehungen zwischen den beiden Staaten klären.

Diese unmittelbar von Mussolini stammende Erklärung ist geradezu eine Provokation an die Adresse der jugoslawischen Regierung. Sie besagt kurz und bündig: über Albanien verhandeln wir nicht mit Belgrad! Worüber soll aber denn sonst zwischen Rom und Belgrad verhandelt werden, wenn nicht über den Vertrag von Tirana und über seine Auswirkungen, d. h. über die Einkreisung Jugoslawiens, die durch die Schaffung eines italienischen Basallenstaates auf dem östlichen Ufer der Adria ganz konkrete Formen angenommen hat? Das ist die Kernfrage der italienisch-serbischen Beziehungen, und die Ablehnung Mussolinis, darüber mit Belgrad zu verhandeln, bedeutet eine neue Sabotage des Friedens durch den Faschismus.

Neue italienische Alarmmeldungen.

Das „Giornale d'Italia“ verbreitet neue alarmierende Meldungen über jugoslawische Mobilmachungsmassnahmen an der albanischen Grenze. Vermutlich hat Italien selbst etwas Böses vor und sucht durch die Haltet-den-Dieb-Taktik die öffentliche Meinung von seinen eigenen Vorbereitungen abzulenken.

Sie werden nicht alle.

Monarchistische Rundgebung einer Auslandsvertretung

Die Zeitung „La Prensa“ in Santa Cruz de Teneriffa brachte in Nr. 3/338 des vorigen Monats folgende Nachricht unter dem Titel „Erlauchte Reisende“:

Der Ex-König von Sachsen, Friedrich August von Wettin, der die Absicht hat, sich eine Zeitlang in Teneriffa aufzuhalten, traf gestern hier ein. In seiner Begleitung reiste seine Tochter, die Erbprinzessin von Sachsen. Die erlauchten Reisenden wurden von dem deutschen Konsul, Herrn Jakob Ahlers und seiner Frau Gemahlin sowie zahlreichen Mitgliedern der deutschen Kolonie empfangen. Nach einem gemeinsamen Frühstück im Haus des Konsuls begaben sich die Gäste nach Puerto de la Cruz, wo sie im Hotel Martinez Wohnung nahmen.

Es fehlt nur noch, daß die Spesen solcher „republikanischer“ Repräsentation aus dem Etat des Auswärtigen Amtes bezahlt werden. Man ist von den deutschen Auslandsvertretungen ja allerlei gewohnt. Herr Ahlers in Santa Cruz hat z. B. im vorigen Jahre den vormaligen und für das übrige Volk abgedantien Kronprinzessin ebenfalls einen offiziellen Empfang bereitet. Will das Auswärtige Amt weiter dulden, daß von eigenmächtigen Auslandsvertretern in der Welt der Eindruck hervorgerufen wird, als feiert die Ex-Monarchen nur in Urlaub geschickt, um jederzeit wiederzukehren? Vielleicht äußert sich Herr Stresemann einmal dazu.

Die Auslieferung des Abg. Ullrich an die Gerichte ist vom schlesischen Sejm mit 23 gegen 17 Stimmen abgelehnt worden. Der Staatsanwalt hatte die Aushebung seiner Immunität verlangt, weil er polnischen Militärdienstpflichtigen über die Grenze geholfen

Schwierigkeiten noch dadurch, daß der Aquädukt durch Wüsten und über Berge geführt wird; es sind Abgründe zu überwinden, Einschnitte in Felsmassen und Tunneln müssen gemacht werden. Im ganzen werden 80 Kilometer Tunnel durch die Gebirge führen, von denen einer 40 Kilometer lang sein wird. Der Colorado-Aquädukt muß hohe Gebirge überklettern, bevor er zu der Stadt Los Angeles hinabsteigen kann. Sein Anfang liegt nur 289 Fuß über dem Meeresspiegel, sein höchster Punkt aber 1706 Fuß. Das Wasser muß durch riesige Pumpanlagen in einer Reihe von Stufen über eine Strecke von 110 Kilometern gepumpt werden.

Der Erfinder. Zum Kapitel Titel und Orden erzählt Bruno Manuel in seinem (eben im Sighnen-Verlag erschienenen) amüsanten Anekdotenbuch „Nackte Tatsachen“ eine hübsche Geschichte: Graf Bernstorff weist als deutscher Botschafter in einer amerikanischen Gesellschaft, in der viele Diplomaten und Würdenträger zum Plagen behängte Brusthüften vor sich herschleiften. Sämtliche Orden konnte man da kaum posieren lassen. „Sie schillerte, daß einem die Augen übergingen. Den Bogen aber schoß ein amerikanischer Millionär ab. Reiterfüllte Blide waren auf einen Orden in der Nähe seines Blinddarms gerichtet, der alles Dogewesene in den Schatten stellte. Er funkelte und glitzerte nur so von Brillanten, Diamanten, Smaragden und Saphiren. Alle Welt war neugierig, zu erfahren, wo es solche wertvolle Orden zu ergattern gab. Bernstorff übernahm es, den Benefizienten auszufragen. „Sie haben da wohl einen außerordentlich hohen Orden?“ fragte er. Der andere warf sich stolz in die Brust und erklärte: „My own invention!“ (Eigene Erfindung.) In der Tat: warum soll sich nicht jeder so schmücken und — lächerlich machen dürfen, wie er Lust hat.

Die Theaterausstellung Magdeburg wird am 14. Mai eröffnet werden. Die Feier wird von der Deutschen Welle, Berlin, von der Berliner Funkstunde A.-G. und anderen Sendern übertragen werden. Am Nachmittag wird ein großes Festkonzert gegeben, das von sämtlichen deutschen Sendern weitergeleitet wird. Dem interessanten Rundfunkübertragungen während der Deutschen Theaterausstellung seien die Sendespiele erwähnt, die die Funkstunde am 28., 29. und 30. Juni von Magdeburg aus übertragen wird. Zu diesen Spielen kommt die Berliner Funkstunde mit ihrem Stabe von rund 150 der besten Künstler nach Magdeburg und veranstaltet hier am 28. Juni ein großes Festkonzert, am 29. Juni eine Sendespieloper und am 30. Juni ein Konzert mit Solisten.

Deutsches Luft-Monopol in Persien. Die Junkers-Werke erhielten vom persischen Parlament ein dreijähriges Monopol zum Betrieb der Luftlinien Teheran-Essel (ein Haken am Kaspischen Meer) von 280 Kilometern, Teheran-Bulshir (am Persischen Golf) von 650 Kilometern und Teheran-Quartov. Persien besitzt überhaupt keine Eisenbahnen, jedoch verkehren gegenwärtig auf den wichtigsten Straßen und Pässen Automobile. Für den Personen-Schnellverkehr und die Briefpostbeförderung hat deshalb der Luftverkehr in Persien eine große Zukunft.

Der Berliner Volkstheater gibt ein Karnevals-Konzert in der „Neuen Welt“, Holtenauer 108/114, unter Leitung von Dr. Ernst Jander und unter Mitwirkung der Kammermusikvereinigung der Staatstheater. Werke von Mozart, Bach, Palestrina, Schubert, Brahms u. a. kommen zu Gehör. Anfang 7 Uhr.

Wirth gegen Stegerwald.

Das Signal zum Sturm auf Preußen.

In der neuesten Nummer der Zeitschrift „Deutsche Republik“ schreibt Joseph Wirth zu den vielerörterten Drohungen Stegerwalds:

Anlässlich der Verabschiedung des Arbeitszeitgesetzes hat Herr Adam Stegerwald im Reichstag, wie er selbst anständig, eine „hochpolitische“ Rede gehalten. Hochpolitisch spricht der verantwortliche Führer. Herr Stegerwald ist noch nicht zum Vorsitzenden der Fraktion gewählt worden, er spricht also so gewissermaßen für sich selbst, deutlicher gesagt, als Gewerkschaftsführer. So wie er kann jeder im Zentrum in Zukunft „hochpolitisch“ sprechen. Der eine als Führer der Agrarier, der andere als entschiedener Republikaner, der andere im Namen des Mittelstandes, der vierte im Namen der Jugend und wie man das noch ergänzen mag. Niemand kann's verwehren und auch uns ist ebenso ein offenes Wort gestattet. Der „Erfolg“ im Reich läßt die Reaktion nicht zur Ruhe kommen. Es geht zwar im Reich mit gedämpftem Trommelschlag. Außenpolitisch gefällt uns die Resignation, die die heutige Regierung zur Schau trägt, durchaus nicht. Es fällt der Rechten sehr schwer, auf der Stelle zu treten und doch gibt es heute keine andere Methode angesichts der weltpolitischen Verwicklungen, als sich mit Geduld zu wappnen und auf der Stelle zu treten. Vielleicht wird die Rechtsregierung später außenpolitisch nichts anderes getan haben, als auf der Stelle getreten zu sein und das wird noch das Beste sein, was man ihr außenpolitisch nachsagen kann. Da nach außen vorläufig wenig zu tun ist und blinder Eifer nur Schaden kann, kann die Aktivität nach innen sich ausleben. Herrn Dr. Stegerwald gebührt der Ruhm, den Auktakt dazu gegeben zu haben. Er wies in seiner Polemik gegen die Sozialdemokraten auf die Möglichkeit hin, die Sozialdemokraten aus der preussischen Regierung herauszudrängen. Kaum war ihm dieses Wort entfahren, mocht' er's im Busen gern bewahren. Er hat der Rechten eine neue Chance eröffnet. Wieder, wie immer, gegen seinen Willen.

Der Kampf um die Regierung in Preußen hebt an. Stegerwald gab ungewollt das „hochpolitische“ Signal. Hermann Müller ist im „Vorwärts“ (Nr. 179) die Antwort nicht schuldig geblieben! Er erinnert Stegerwald an seine kurze Ministerpräsidentenschaft in Preußen und folgert: „Was würde das Zentrum in einem reaktionären Preußen bedeuten?“ Die „Kölnische Zeitung“ hat es der jetzigen preussischen Regierungskoalition bescheinigt, daß sie Auflösung und Wahlkampf wagen kann. Will Stegerwald die Auflösung des Landtages und, wenn ja, was hofft er damit zu erreichen?“

In der Tat ist das der entscheidende Punkt: Wenn die neuen Koalitionsgenossen des Zentrums von der Reichsregierung aus auf Preußen einen Druck ausüben wollen, so müssen sie das mit allen Konsequenzen tun. Stegerwald scheint zu denjenigen Politikern zu gehören, die sich dieser Konsequenzen nicht bewußt sind.

Stahlhelmann Vobis.

Der Ermordung eines Reichsbannermannes angeklagt.

Köln, 13. April. (Eigener Drahtbericht.) Vor dem Düsseldorfser erweiterten Schöffengericht begann jetzt der große Prozeß gegen den Stahlhelmann Vobis wegen Ermordung des Reichsbannermannes Erdmann anlässlich eines Zusammenstoßes zwischen Stahlhelmlenten, Reichsbannerkameraden und Kommunisten. Gleichzeitig sind noch elf weitere Stahlhelmlenten, meist in sehr jugendlichem Alter, und zehn Rote Frontkämpfer angeklagt. Den Angeklagten wird vorgeworfen, an einem Zusammenstoß am 26. Juli 1926 beteiligt gewesen zu sein, in dessen Verlauf der Stahlhelmann Vobis den Reichsbannerkameraden Erdmann durch mehrere Messerstiche so schwer verletzte, daß Erdmann wenige Stunden später verstarb. Nach den bisherigen polizeilichen Ermittlungen haben die Stahlhelmlenten in geradezu unglaublicher Weise provoziert. Bereits Pfingsten 1926 hatte Vobis die Ausstellung eines Woffenscheins beantragt. Das wurde jedoch von der Düsseldorfser Polizei abgelehnt. Trotzdem trug Vobis ständig einen Revolver, mit dem er auch an dem Unglückstage blindlings um sich schloß.

Am Verlauf der Auseinandersetzungen waren die Stahlhelmer in der Mehrzahl. Sie benahmen sich außerordentlich frech und provozierend. Vobis lief mit einem Revolver in der Hand und einem Dolch in der anderen Hand ständig umher und verletzte einen Arbeiter ohne jeden Anlaß durch Messerstiche in den Rücken. Als der Reichsbannermann Erdmann versuchen wollte, den Streit zu schlichten, stürzten sich drei Stahlhelmlenten ohne jeden Anlaß auf ihn, wobei er drei Messerstiche in die rechte Brustseite und in den Rücken erhielt, an deren Folgen er im Laufe der Nacht verstarb. Von der Staatsanwaltschaft sind 49 Zeugen geladen, so daß mit längerer Prozeßdauer zu rechnen ist.

Stahlhelm-Pleite.

Ein verkrachtes Sportunternehmen.

Im Mai 1924 hat der Stahlhelm in Magdeburg-Neustadt ein Fort gekauft, um die notwendige Staffage für seine Soldatenspielfeiere zu haben. Als Erwerberin trat die Stahlhelm-Sportplatz G. m. b. H. auf. Der Preis für das Fort war bereits recht beträchtlich; er betrug 127 500 Mark. Von Anfang an war das Grundstück mit Hypotheken überlastet, es sollte ausgebaut werden zu einer großen Sportplatzanlage mit Schießständen, außerdem sollte man eine Bundeschule errichten. Jetzt stellt sich heraus, daß das ganze Unternehmen pleite ist, nachdem bereits erhebliche Gelder von den Mitgliedern für den Ausbau ausgebracht worden sind. Handwerker und Lieferanten warten auf die Zahlungen, die ihnen die Stahlhelm-Gesellschaft schuldet. Auch die beiden Magdeburger Firmen, die zum Erwerb und zum Ausbau des Forts Hypotheken gewährt haben, verlieren aller Voraussicht nach das ganze Geld.

Die Stahlhelm-Sportplatz G. m. b. H. ist in Konkurs gegangen, die Anlage kommt am 20. April zur Versteigerung. Die Gründung war seinerzeit mit großem Tamtam betrieben worden — heute ist sie gänzlich zusammengebrochen. Seit Herbst 1926 konnte die Stahlhelm-Gesellschaft keine Finzen mehr bezahlen, selbst mit der Grunderwerbsteuer ist das famose Unternehmen noch im Rückstande.

Der ganze Vorfall ist ein Beweis mehr dafür, wie brüchig die Stahlhelm-Organisation geworden ist und wie wenig Vertrauen sie selbst bei ihren Geldgebern heute noch besitzt. Sonst hätte dieser aufsehenerregende Konkurs nicht eintreten können. Man versteht daher, weshalb der Stahlhelm es nun auf große Demonstrationen anlegt. Er muß neue Mitglieder werben, neue Geldquellen erschließen. Nachdem er aber wieder bewiesen hat, daß er nicht einmal geschäftlich zu arbeiten versteht, wird ihm das letztere schwer fallen, wenn die Geldsuche der Reaktionsäre nicht noch weiter durch das aufgeregte Getöse der Kommunisten künstlich unterstützt wird.

Dieser Schandfleck

Berlins verschwindet.



Reste des alten Scheunenviertels am Bülowplatz.

Rund um die Volksbühne am Bülowplatz liegen ein halbes Dutzend wüster, verwahrloster Plätze mit elenden Buden, die den größten Gegensatz zu dem vornehmen Bau der Volksbühne bilden. Sie gehören zum „Scheunenviertel“, jenem Schandfleck Berlins, der seit jeher lichtscheuem Gesindel Unterschlupf bot und der nun endlich verschwinden soll. Die Firma Schrobsdorff will auf diesen Plätzen moderne Wohnbauten auführen, zu denen erste Architekten die Entwürfe liefern. Auch ein Bad und ein großes Volkskino sollen sich hier erheben. Vorläufig bieten die zwischen der Linien-, Hirtens- und Regdingerstraße gelegenen zukünftigen „Bauplätze“ ein trauriges Bild von Verkommenheit. Ein Bild über windstiefle Planzenzäune zeigt mit Lämpeln überfärbte wüste Flächen, in den Ecken verdorrte Christbäume, Mist und Gerümpel aller Art. Knapp neben der Volksbühne hat ein Althändler seine Niederlage; Berge von faulenden Papierresten, Obst, Kisten und Fässern bezeichnen sein Reich. Auf dem Platz gegenüber, der an das Restaurant „Volksbühne“ stößt, haben Zigeuner ihre Wagen aufgestellt. Hunde liegen laut in der Sonne, eine schwangere Zigeunerfrau macht sich erbötig, aus der Hand die Zukunft zu lesen oder

sich mit Familie für 20 Mark vor den Wagen photographieren zu lassen, der Mann klagt über die hohe Bude und die Jüngste sucht aus dem nahen Rühlhaußen einige schmackhafte Bissen. Draußen auf der Grenadierstraße fühlt man sich nach Galizien veretzt. Bärtige Juden in schwarzem Kasten strömen aus der einige Häuser weiter befindlichen Synagoge. Da Sabbath ist, sind alle die zahlreichen Feinbäckereien, Geflügel- und Tierhandlungen geschlossen. Aber vor der Geflügel- und Taubenbörse in der Hirtensstraße staut sich das Publikum. In Käfigen aller Art stecken die Tauben, Hühner und Kaninchen, und gegen unbekümmert um die Zuschauer ihren Privatgeschäften nach, die von Hunger und Liebe ditiert werden. Weiter in der belebten Hantelstraße drängt sich Holzbude an Holzbude. „Heeresmaterial aller Art“, „Pariser Haarkünstler“, „Besohl-Anstalt“, „Foto Atelier“, „Erfrischungshalle“ locken die Ausschritten. Endlich landet man vor dem grünen Rasendreieck, das dem Eingang der Volksbühne einige Distanz gibt. Auf Bänken und auf den Stufen, die zur Volksbühne führen, sonnt sich friedlich allerhand Volk unter der zu Häupten prangenden Devise: „Die Kunst dem Volke“.

Heizer in der Schlinge.

Die Affäre Haus vom Wohnungsamt Wedding.

Die vom „Vorwärts“ am Mittwochabend gebrachte Meldung, daß in die Affäre des Beamten Haus vom Wohnungsamt Wedding ein Journalist Hartwig verwickelt ist, und daß die in der bürgerlichen Presse erschienenen gänzlich ungegründeten Angriffe gegen Stadtrat Fabiunke und Bureauvorsteher Mielke gerade auf diesen Journalisten Hartwig zurückzuführen sind, wird jetzt auch von der „Vossischen Zeitung“ und von der „Roten Fahne“ wiedergegeben. Die „Vossische Zeitung“ und von der „Roten Fahne“ wiedergegeben. Die unter dem Namen Harry Hardt für die „Neue Berliner Zeitung“ (12-Uhr-Blatt) schrieb, inzwischen bereits in Haft genommen worden sei. Wie wir hören, trifft diese Meldung nicht zu.

In anderen Blättern haben wir bisher noch kein Wort über die von uns an die Öffentlichkeit gebrachte neueste Wendung der Affäre Haus gesehen. Wir sind wirklich darauf gespannt, wie die Blätter der rechtsstehenden Parteien, nachdem ihr Gewährsmann Hartwig, der Verbreiter der infamen Angriffe gegen Fabiunke und Mielke, entlarvt worden ist, sich herauszulügen versuchen werden. Für diese Leute war es ein gesundes Fressen, wieder einmal über einen sozialdemokratischen Stabrat herfallen zu können, aber damit ist es nun vorbei. Die Heizer jappeln jetzt selber in der Schlinge, nicht nur der Journalist Hartwig, der dem Beamten Haus zahlungsfähige Wohnungsjucher zuweilen, sondern auch diejenigen, die nachher auf Hartwigs Angaben hin die verlogene Heze gegen Fabiunke und Mielke machten.

Als Verteidiger des Beamten Haus meldet sich bei uns ein Rechtsanwalt Dr. jur. Walter Hermann Stern mit der Bitte, mitzuteilen, daß er nicht Syndikus des obengenannten Mittagblattes ist.

Besseres Wetter in Sicht!

In gar mancher Familie wird mit wachsendem Kummer allmorgendlich das anhaltende nasse Wetter festgestellt. Wenn der Berliner Wetterdienst, wie wir hoffen, recht behält, dann können wir unsere Leser trösten. Karfreitag zwar soll der Regen im wesentlichen noch anhalten, für die Oftertage selbst aber ist ein Umschwung zu erwarten. Zwar wird das Wetter nicht vollkommen heiter sein, aber die allgemeine Prognose lautet: Bei wechselnder Bewölkung wird die Sonne sich durchsehen, mildes, zeitweise aufhellendes, vorwiegend trockenes Wetter ist zu erwarten. Von Süden nämlich schiebt sich Barmluft nach Osten vor und verdrängt den Regen im Interesse eines guten Verkaufs unserer Ofterausflüge.

Hoffen wir also das Beste!

Falsches Mordgerücht.

Das Gerücht von einem Kapitalverbrechen war gestern im Zentrum der Stadt verbreitet. An der Schloßfreiheit in der Nähe des Nationaldenkmals wurde eine stark verweste Leiche eines Mädchens aus der Spree gelandet, die eine goldene Kette um den Hals hatte. Von der Kleidung ist nur noch ein brauner Strumpf und die Krempe des Hutes vorhanden. Die Tote ist eine 22 Jahre alte Ellen von Glezinski, die aus Burg bei Magdeburg nach Berlin gekommen war und hier am 5. Oktober vorigen Jahres ins Wasser gegangen ist, nachdem sie Abschiedsbriefe geschrieben hatte. Ihr Mantel und ihre Handtasche wurden damals an der Friedrichsgracht aufgefunden. Die übrigen Kleidungsstücke sind ohne Zweifel in Bootshafen von der Leiche nach und nach abgerissen worden.

Zu dem Mord an dem Hausmädchen Ahrendt wird mitgeteilt, daß die Nachforschungen, die die Mordkommission und der Reichswasserschutz gestern bis in den Abend hinein veranstalteten, bisher keinen Erfolg hatten. Patete sind weder im Park, noch im Wasser gefunden worden. Es sind aber noch nicht alle Wasserläufe abgesehen worden. Der Reichswasserschutz setzt heute das Abfischen noch fort, und auch die Gebüsche des Parkes werden von Kriminalbeamten noch weiter gründlich durchsucht.

Haftentlassung in der Banderolenfälscheraffäre.

Der in die Banderolenfälscheraffäre verwickelte frühere Inhaber der Zigarettenfabrik Dora, Krakauer, ist auf Antrag seiner Verteidiger am gestrigen Mittwochabend gegen Erhöhung seiner Kaution um 5000 M. aus der Haft entlassen worden. Krakauer war bekanntlich schon vor Wochen verhaftet, dann gegen Stellung einer Kaution von 5000 M. wieder freigelassen und schließlich vor einiger Zeit auf Grund der weiteren Ermittlungen erneut festgenommen worden. Seine Entlassung erfolgte jetzt, weil nach dem Stand der Untersuchung keine Verdunklungsgefahr zu befürchten ist und Fluchtverdacht nicht vorliegen soll. Gestern Abend teilten wir mit, daß in der Angelegenheit der Banderolenbetrügereien der vielfach erwähnte Franz Apisdorf den Behörden schon von früher her verdächtig sei. Herr Apisdorf sendet uns hierzu eine Berichtigung, nach der er mit der ganzen Angelegenheit nichts zu tun habe. Er sei in dieser Sache weder angeklagt, noch jemals vernommen worden; auf ihm ruhe keinerlei Verdacht. Auch früher habe er niemals etwas mit Banderolenschiebungen zu tun gehabt. Er sei unbestraft und unbefeholt. Wir geben dieser Berichtigung aus Lokalitätsgründen Raum. Unsere Informationen entstammten einer Berliner Korrespondenz.

Ofterfahrten des „Baldu“.

Das Motortabinienschiff „Baldu“ des gemeinsamen eingetragenen Vereins „Grüne Heimat“ nimmt mit Karfreitag seine billigen Erholungsfahrten auf den märkischen Gewässern mit Uebernachtung auf dem Schiff wieder auf. Es sind auch in diesem Jahre schon wieder sämtliche Wochentagsfahrten vom 1. Mai bis zu den großen Ferien und nach denselben bis Mitte September vollständig von Schuten belegt, so daß also Schuten, die in diesem Jahre noch eine Fahrt mitzumachen wünschen, dies nur im Laufe des Septembers noch ausführen können. Jedoch ist bei der großen Nachfrage auch hierfür umgehende Anmeldung erforderlich. Von Sonnabend abend bis Montag früh unternimmt das Schiff außerdem die beliebten und augenblicklich ganz besonders aktuellen Wochenendfahrten. Von diesen sind ebenfalls schon einige von den Vereinen und Verbänden fest bestellt und für die restlichen Wochenendfahrten ist auch die Nachfrage eine sehr rege. Vereine, die ihren Mitgliedern diese einjährige Erholung ermöglichen wollen, dürfen daher nicht lange mit der Anmeldung zögern. Außerdem wird zu Oftern eine zweitägige Fahrt nach Brandenburg, desgleichen zu Pfingsten eine dreitägige Fahrt nach dem Plauer See unternommen. Alle Preise sowie auch die für die Verpflegung sind außerordentlich mäßig gehalten, wie es durch den gemeinsamen Charakter des Unternehmens bedingt ist. Anmeldungen zu allen Fahrten nimmt die Geschäftsstelle, Berlin C. 2, Breitestraße 36, Aufgang IV, entgegen.

Karfreitags-Festkonzert der Schutzpolizei. Das Kommando der Schutzpolizei veranstaltet am Freitag, dem 15. April, im Großen Schauspielhaus, Karfreitag, ein Festkonzert für Kriegsbeschädigte, Kriegerehrenterlebene, Klein- und Sozialrentner gegen freien Eintritt. Unter Mitwirkung des Sinfonieorchesters und des Gemischten Chors der Schutzpolizei sowie der Konzertfängerin Pauline Doberl, die sich der guten Sache zur Verfügung gestellt hat, soll den Kermisern Berlins eine Ofterfreude bereitet werden. Die Leitung liegt in den Händen Camillo Hildebrands. Das Programm, das der Karfreitagsstimmung Rechnung trägt, enthält Werke von Wagner, Bach, Bizet und Händel. Die Eintrittskarten sind restlos in Verbindung mit dem Landeswohlfahrtsamt den Bezirkswohlfahrtsämtern und der freien Wohlfahrtspflege zugeführt worden.

Erdbebenkatastrophe in Chile.

New York, 14. April. (II.) Nach Meldungen des „Universal Service“ wurden durch ein Erdbeben in Santiago de Chile viele Hunderte von Personen verwundet. Zahlreiche Häuser wurden völlig zerstört. Tote wurden bisher nicht gemeldet. Auch in Valparaiso hat das Erdbeben Schaden angerichtet, der jedoch nach den bisherigen Meldungen nicht allzu erheblich zu sein scheint. Nach einer Meldung der „Europa Press“ sind bis jetzt in Santiago 50 Tote und 120 Verletzte festgestellt worden.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenschrift, und „Der Kinderfreund“ liegen der heutigen Postauflage bei.

Weitere Betriebsrätewahlen in Berlin. Im Siemens-Konzern.

Bei der Siemens u. Halske A.-G. Blockwerk erhielt bei den Arbeitern die freigewerkschaftliche Liste (die Zahlen des Vorjahres sind eingeklammert) 777 Stimmen (968); die christliche Liste erhielt 29 (67) Stimmen; Wertgemeinschaft (Selbe) 70 (78) Stimmen. Ungültig waren 46 (60) Stimmen, wahlberechtigt 1049 (1537). Die Mandate im Betriebsrat verteilen sich wie folgt: freie Gewerkschaften 8 und 3 Ergänzungsmitglieder (9 und 3), die übrigen Listen erhielten kein Mandat. (Im vorigen Jahre fielen sie ebenfalls aus.)

Bei den Angestellten erhielt die Liste der freien Gewerkschaften 165 (193) Stimmen, die Liste des bürgerlichen Wirtschaft 159 (158) Stimmen. Ungültig waren 7 (1), wahlberechtigt 421 (447). Von den Mandaten im Betriebsrat entfielen auf freie Gewerkschaften 2 und 2 Ergänzungsmitglieder (2 und 2), die andere Liste 1 und 3 Ergänzungsmitglieder (1 und 3).

Dieses Wahlergebnis zeigt mit aller Deutlichkeit, daß man es verstanden hat, all die Arbeiter abzubauen, die nicht der gelben Organisation angehören, und trotzdem ist es den Gelben nicht gelungen, in den Betrieb einzubringen. Die Gelben haben wohl schon vorher mit einer Niederlage gerechnet, da sie nur drei Mann auf der Kandidatenliste der Belegschaft präsentierte. Die christliche Fraktion hatte ebenfalls ihren gesamten Mitgliederbestand von sechs Mann an der Zahl auf der Kandidatenliste nominiert. Um so erfreulicher ist es, daß die Belegschaft sich mit überproportionaler Mehrheit für die freigewerkschaftliche Liste eingekauft hat.

Im Siemens-Schulert-Fräsenbau Tempelhof fand bei den Arbeitern keine Wahl statt, da nur eine freigewerkschaftliche Liste eingekauft war. Bei den Angestellten tobte um so heftiger der Wahlkampf, da die Firma im Vorjahre drei freigewerkschaftliche Angestelltenratsmitglieder entlassen hat. Diese hatten beim Gewerbe- und Kaufmannsgericht sowie beim Landgericht Klage geführt, und die Firma wurde verurteilt, die drei Entlassenen wieder einzustellen, da die Zustimmung des Angestelltenrats zur Entlassung fehlte. Um der freigewerkschaftlichen Richtung das Wasser abzugraben, wurde nunmehr verurteilt, bei der letzten Angestelltenratswahl eine Gegenliste aufzustellen, die sich aus Bureauvorsteher, Direktionssekretärinnen usw. zusammensetzte und von leitenden Angestellten sehr warm empfohlen wurde. Die Wahl ergab hier folgendes Resultat: Wahlbeteiligung 100 Proz. Abgegebene Stimmen für die Liste der freien Gewerkschaften 39, für die Liste der Firma 18 Stimmen. 1 Stimme war ungültig. Mandate im Betriebsrat erhalten demnach freie Gewerkschaften 2 und 2 Ergänzungsmitglieder (2 und 3), Firmenliste 0 und 1.

Im Siemenskonzern steht nur noch die Wahl zum Gesamtbetriebsrat aus, deren Ergebnis für die freien Gewerkschaften nach den bisher vorliegenden Resultaten der Betriebsratswahlen nicht ungünstig ausfallen dürfte.

Bei Ludwig Loewe u. Co.

Die Belegschaft der Firma Ludwig Loewe u. Co., A.-G., Berlin, Huttenstraße 17-19, hat seit Jahren bei der Betriebsratswahl eine gemeinsame freigewerkschaftliche Liste (Arbeiter und Angestellte) aufgestellt und dadurch es etwaigen Gegnern so schwer gemacht, mit Gegenlisten zu kommen, daß sie nicht erst den Versuch machten. In diesem Jahre versuchten etliche Angestellte, denen das gemeinsame Arbeiten schon immer ein Dorn im Auge war, ebenfalls eine Liste zusammenzubringen. Es sei dahingestellt, ob aus eigenem Antrieb oder auf höhere Weisung, jedenfalls waren sie sich darüber klar, daß es nicht so einfach ist, eine Breche in die Einheitsfront zu schlagen. Sie machten sich deshalb an die Vorkämpfer der R.P.D. innerhalb des Betriebes heran, um diese zu veranlassen, mit den deutschnationalen und sonstigen Angestellten eine besondere Liste aufzustellen.

In der Betriebsversammlung der Angestellten rief der Vorkämpfer der gegnerischen Liste pathetisch aus, daß er noch vor kurzem in seiner letzten Tätigkeit in einem Betriebe in Hanau mit der R.P.D. sehr gut gearbeitet habe, warum solle dies nicht auch hier möglich sein? Unsere Gewerkschaftscollegen von links haben es abgelehnt, mit den Herrschaften zu partiiieren. Sie mühten nun eine eigene Liste bringen, die aber nur ein paar Angestellte enthielt. Eine nähere Bezeichnung der Liste unterließ man oder schämte sich der richtigen Benennung.

Mit welchen Mitteln diese Angestellten organisatorisch arbeiteten, zeigte ein Flugblatt, das auf rotem Papier (1) hergestellt war und in großen Lettern die Ueberschrift "Offener Brief an die Belegschaft" trug. Der Inhalt dieses Pamphlets ist ein Wust von Anschuldigungen gegen den Wahlvorstand.

Die Wahl am 5. April ergab für die neue Liste ganze 163 Stimmen, während die Liste 1 der freigewerkschaftlichen Arbeiter und Angestellten 2281 Stimmen aufbrachte.

Natürlich sind auch die auf Liste 2 entfallenen Stimmen noch zu viel, weshalb alles daran gesetzt wird, um auch die 163 irreführenden Arbeitnehmer bis zu den nächsten Wahlen zum Standpunkt der freien Gewerkschaften zu bekehren.

Die mit großen Pamp eingeleitete deutschnationale Aktion ist nämlich zusammengebrochen.

Urwahl bei den Gemeindefreiwählern.

Die Leitung der Sektion Gesundheitswesen im Verbande der Gemeinde- und Staatsarbeiter war durch Urwahl zu bestimmen. Die ziemlich stark vertretene kommunistische „Opposition“ — angeführt von dem Geschrei der „Roten Fahne“ — ließ nichts

unversucht, um die Sektionsleitung in ihre Finger zu bekommen. Auf die gewerkschaftliche Liste entfielen jedoch 2392 Stimmen, auf die Liste der Opposition 1793 Stimmen. Die Sektionsleitung bleibt damit weiterhin in den Händen der „Reformisten“. Immerhin bietet der Umstand, daß die Opposition nahezu 43 Proz. der Stimmen erhielt, unseren Genossen alle Veranlassung, auch nach ihrem Wahlerfolg auf dem Posten zu sein.

Betriebsräteversammlung der Steindrucker.

Die Berliner Ortsverwaltung des Verbandes der Lithographen und Steindrucker hielt am Dienstag im Gewerkschaftshaus eine gut besuchte Betriebsräteversammlung ab.

Zunächst berichtete Hoffberg über die Groß-Berliner Betriebsrätekonferenz am 27. März; deren Stellungnahme zum Arbeitszeitgesetz schloß sich die Versammlung der Lithographen durch einstimmige Annahme folgender Entschliessung an:

„Die Betriebsräteversammlung des Verbandes der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe fordert von allen Mitgliedern der Organisation die Innehaltung des Achtstundentages trotz Arbeitszeitgesetzes. Angesichts der immer noch großen Zahl von Arbeitslosen besteht für uns der alte Kampfzweck: 8 Stunden Arbeit, 8 Stunden Erholung und 8 Stunden Ruhe.“

Dann hielt Benda einen sehr lehrreichen und fesselnden Vortrag über den gigantischen Kampf der Klassen in der Welt. Es hat noch keine Generation gegeben, die, wie die jetzige, so weltumstürzende Ereignisse miterleben mußte, so führte der Redner aus. Staaten wurden von Grund auf geändert. Europa hat seine Vormachtstellung in der Welt schon jetzt fast völlig verloren. Diese Vormachtstellung hat Amerika allmählich an sich zu bringen verstanden, nicht zuletzt durch seine reichen Bodenschätze wie Öl und dergleichen. Jenseits des Ozeans laufen jetzt zum allergrößten Teil die Fäden zur Leitung der Geschichte der ganzen Welt zusammen. Allenhalben ist eine vermehrte Industrialisierung zu beobachten, die durch die ständig fortschreitende Entwicklung der Technik nicht unwesentlich beschleunigt wird. Es liegt ganz in der Natur der Sache, daß sich dadurch auch die Klassengegensätze in allen Staaten verschärfen. Selbst der ferne Osten ist davon nicht verschont geblieben. Es gibt eben keine Weltgeschichte ohne Klassenkämpfe. Auch bei uns in Deutschland hat sich das Bürgertum zum Kampf gegen die Arbeiterklasse vereinigt. Es geht bei uns nicht nur um die Frage: Republik oder Monarchie?, sondern vor allem auch darum, ob es uns gelingt, durch Zusammenfassung aller Kräfte allmählich auf die wirtschaftlichen Verhältnisse den gehörigen Einfluß zu bekommen. Unser Ziel ist die wirtschaftliche Demokratie. Um dieses Ziel zu erreichen, ist es eine unbedingte Notwendigkeit, die Macht der gewerkschaftlichen und politischen Organisationen nach dem Muster der österreichischen so zu stärken, daß sie allen Anstürmen der Gegner trotzen können. Die Gewerkschaften waren bisher und werden auch weiter der stärkste Hort für die Arbeiterschaft sein. Für den Kampf gegen die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen muß sich jeder mit seiner ganzen Person einsetzen.

Nach dem mit Beifall aufgenommenen Vortrag wurde noch zu reger Beteiligung an der Kasseier ausgefordert und die Einrichtung von Betriebsrätekursen besprochen.

Ueberstunden im Reichsbahnbetrieb.

Infolge der überlangen Arbeitszeiten und des dadurch bedingten hohen Krankenstandes des Reichsbahnpersonals, gehen „tächtige“ Dienststellenleiter dazu über, von den Betriebs- und Beamtenräten die Zustimmung des Personals dazu einzuholen, die Zahl der geleisteten Sonntagsdienststunden sich von der Arbeitszeit an Wochentagen nicht abziehen, sondern bezahlen zu lassen. Wenn die Personalvertretungen darauf eingehen würden, dann würde das Wochenlohn von 54 Stunden in der Regel auf 60 Stunden steigen.

Die Verwaltung tut so, als ob ihr von dem übergroßen Angebot von Arbeitskräften nichts bekannt ist. Es existieren Dienststellen, auf denen etwa 25 bis 30 Proz. des gesamten Personals erkrankt sind. Trotzdem muß die Arbeit der Fehlbenden von dem übrigen Personal mitgeliefert werden, obwohl im Eisenbahnbetriebe eine scharfe Rationalisierung eingeführt worden ist.

Will die Verwaltung diesen Zuständen nicht endlich dadurch abhelfen, daß sie die schon viel zu lange dauernde Einstellungs-sperre aufhebt und dafür sorgt, daß der Ausfall an erkrankten Arbeitsträften wenigstens annähernd ausgeglichen wird? Die heutige Methode muß zwangsläufig dazu führen, daß der Krankenstand immer höher wird.

Der Rheinschiffahrtsschiedspruch abgelehnt.

Duisburg, 14. April. (W.F.B.) Die Arbeitgeber haben den Schiedspruch in der Frage der Rheinschiffahrt abgelehnt. Von den Arbeitnehmern liegt bis jetzt eine Erklärung nicht vor. Sie haben die Verlängerung der Erklärungsfrist bis zum 22. April gefordert.

Lohnverhandlungen in Sachsen.

Bei den Verhandlungen über den Schiedspruch zum Lohn-tarif für die sächsische Metallindustrie im sächsischen Arbeitsministerium lehnten die Arbeitgeber jede Lohnhöhung über den Schiedspruch hinaus ab und beantragten die Verbindlichkeitsklärung. Die Arbeitnehmer wandten sich

dagegen. Der letzte Entscheid liegt nun in den Händen des Schlichters.

Die Verhandlungen zwischen dem Deutschen Metallarbeiterverband und den sächsischen Hüttenwerken sind ebenfalls ergebnislos verlaufen. Beide Parteien einigen sich auf ein frei zu wählendes Schiedsgericht.

Auch die Verhandlungen zwischen dem Arbeitgeberverband Sächsischer Gemeinden und dem Gemeindearbeiterverband sind gescheitert. Der Gemeindearbeiterverband forderte eine Erhöhung des Stundenlohnes um 10 Pf., während der Arbeitgeberverband nur 3 Pf. pro Stunde bewilligen wollte. Die Verhandlungen werden am Donnerstag vor der Bezirkschiedsstelle fortgesetzt. — Die Lohnverhandlungen der Verwaltungsarbeiter mit der sächsischen Regierung blieben gleichfalls ohne Erfolg. Die Arbeitnehmer fordern 10 Pf. Stundenlohnhöhung, die Regierung will nur 2½ Pf. bewilligen, ab 1. Oktober nochmals 1½ Pf. Die Arbeitnehmer werden den Schlichtungsausschuß anrufen.

Schiedspruch im Vanguerbe der Provinz Sachsen.

Halle a. d. S., 14. April. (T.L.) Das Tarifamt für das Bau-gewerbe im Bezirk Sachsen-Anhalt-Magdeburg hat folgenden Schiedspruch gefällt: Die Bezirkslohntafel wird mit Wirkung vom 14. April 1927 wie folgt geändert: In der Klasse I wird auf den jetzt gültigen Facharbeiterlohn ein Zuschlag von 8 Pf., in den Klassen II und III von 7 Pf., in der Klasse IV von 6 Pf. und in der Klasse V von 5 Pf. gewährt. Mit Wirkung vom 29. September 1927 wird ein Zuschlag von 3 Pf. für den Facharbeiterlohn aller Klassen gewährt. Die Erklärungsfrist läuft bis zum 16. April.

Polen kommt nach!

Mit dem Achtstundentag in den Gruben.

In Deutschland ist durch Schiedspruch für den Ruhrbergbau erneut die Siebenstundenschicht unter Tage — mit einer Stunde Ueberarbeit festgesetzt. Hinter diesem Echterner Sprung kann auch Polen nicht zurückbleiben.

Das Arbeitsministerium hat daher, wie uns aus Warschau gemeldet wird, eine Verordnung erlassen, durch die vom 1. Mai ab die Achtstundearbeitszeit in den ober-schlesischen Gruben wieder eingeführt wird.

Warum aber führt man in Polen nicht auch die „Siebenstundenschicht“ wie in Deutschland ein — mit einer Stunde Ueberarbeit? Das kostete doch nicht mehr!

Muß man denn in Polen ehrlicher sein und den Achtstundentag im Untertagebergbau einen Achtstundentag nennen anstatt einen Siebenstundentag mit einer Stunde Ueberarbeit!

Die englische Arbeiterschaft wehrt sich.

Gegen Verschlechterung des Gewerkschaftsrechts.

London, 14. April. „Daily Herald“ zufolge bestätigt es sich, daß die Konferenz der Vollzugsausschüsse der Gewerkschaften am 29. April, drei Tage bevor die Gewerkschaftsvorlage im Parlament zur zweiten Lesung gelangt, zusammentreten werden. Gleichzeitig mit dem parlamentarischen Kampf soll ein großer Feldzug von Kundgebungen und Versammlungen in ganz England durchgeführt werden. Gestern wurden vom Generatrat des Gewerkschaftskongresses und hierauf in einer Vollziehung des „Gewerkschaftsverteidigungsausschusses“, der aus Vertretern des Generatrates, des Landesvollzugsausschusses der Arbeiterpartei und der Parlamentarierfraktion der Arbeiterpartei besteht, die Pläne für diesen Feldzug besprochen.

Sorgen des englischen Bergarbeiterverbandes.

London, 14. April. (W.F.B.) Der Vollzugsausschuß des Bergarbeiterverbandes erwog in seiner heutigen Sitzung einen Bericht der Delegierten des Verbandes über die kürzliche Sitzung des Vollzugsausschusses der Bergarbeiter-Internationale in Berlin, der die gesamten Fragen der künftigen Beziehungen zwischen dem britischen Verband und der Internationale aufwarf. Ferner wurde die Frage enger Arbeitsvereinbarungen zwischen den russischen und den britischen Bergarbeitern erörtert. Ein Bericht wurde erfaßt über die Zusammenkunft in Berlin zwischen den russischen Bergarbeitern und den Beamten des britischen Verbandes, und es wurden Pläne erwogen für die Bildung eines englisch-russischen Ausschusses, der tätig sein soll, bis die Internationale bereit ist, den Anschluß der Bergarbeiter in allen Ländern anzunehmen.

Deutscher Bergarbeiterverband, Fachgruppe der Löhner. Am Sonnabend, 16. April, vorm. 9 Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshauses Streifen- und Tagungsordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. Die Streifen- und Tagungsordnung werden den Kollegen im Bestfall überreicht; ohne dieselben kein Zutritt. Die Streifenleitung.

Verantwortlich für Politik: Viktor Schiff; Wirtschaft: G. Klingelbein; Gewerkschaftsberatung: Friedrich; Schlichter: Reissner; A. S. Hübner; Sozialer und Sanitär: Reich; Kassen: Engel; H. Glaser; (Amtlich in Berlin). Verlag: Fortschritt-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Fortschritt-Verlag und Verlagsgesellschaft Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2. Hierzu die Beilage „Kulturarbeit“.

Keiner kauft so billig als wie Du.

Läuft nur zur Du im Nu!

Spirituosen
Liköre, Weinbrand
billiger geworden

Liköre, nur aus Destillaten	3,70	2,75	1,70
Eierweibbrand	4,25	3,30	1,85
Weinbrand, alter Ce Be	4,00	3,00	1,60
Weinbrand (Verschnitt)	3,00	2,45	1,50

Malaga, Tarragona, Sekt, Weißwein, Rotwein, alles sehr billig, und viele andere Sorten mehr!
Alle Preise verstehen sich mit Flasche, Vorzeiger erhält 4% in bar.

Nur Gr. Frankfurter Str. 128
an der Köpenickerstr. (Inh. Karl Bethge)
Wie stadtbekannt,
Bis guter Schnapsfabrikant!
Oesterer mit versch. Füllungen M.P. 50 an.

Berliner Elektriker Genossenschaft
angesch. dem Verb. sog. Baubetriebe
Berlin N. 24, Eissäcker Str. 86-88
Fernsprecher: Norden 6525, 6526
Filiale Westen, Wilmersdorf
Landhausstr. 4, Tel.: Pilsnitz 9831

Ausstellungsräume und Lager:
Alexanderstraße 39-40 (Alexander Passage), Telefon: Königsstadt 546

Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen. Verkauf aller elektr. Bedarfsartikel

Ausführg. sämtl. Reparaturen

Preiswerte, gediegene Arbeit

Holzhäuser liefert seit 25 Jahren
Wochensendhäuser — Prospekte gratis!
Wald- u. Wasseranlagen — Nachweis.

Radio Log

Alle im Anzeigebereich
463 34 12
Monatlich
Radio Log

Bestand 4273/75

Arbeiter, Angestellte, Beamte
besucht die Veranstaltungen der
„No-Va-Co“

Karlshorst, Deutsches Haus
Treskowallee (am Bahnhof) Jed. Dienstag

Pankow, Konzerthaus
Breitstraße 34 Jeden Mittwoch

Cöpenick, Stadttheater
Friedrichstr. 6 Jeden Freitag u. Sonntag

Tegel, Vereinshaus (Hamuseck)
Hauptstraße 6 Jeden Sonntag

Notstands-Variété-Kommission
der Intern. Artisten-Logo E. V.

Dörffler
WÜRSTCHEN = BOCKWURST
Etwas ganz Besonderes!

m 40 Plg. an
ca. 300 Landparzellen, prima Gartenböden, 20 Min. v. Bahn, Verkäufer Sonntags im Restaurant „Zu den drei Linden“, direkt am Bahnhof Fredersdorf, H. Kieger, Berlin C, Gontardstr. 5.

Zur Neueinrichtung, Umzug oder Renovierung Ihrer Wohnung empfiehlt sich
Dekorateur Alfred Walter
Lager und Anfertigung von Dekorationen und Gärten aller Art
Beit-, Tisch- u. Diwanddecken
äußerst billig nur
Neukölln, Seidower Str. 6
II. Etage, Keil Laden! Tel. Nkl. 2529

Ostergeschenke praktisch billig von **Kieck-Welt, Neukölln, Bergstr. 128 u. 155**

Damenstrümpfe	Wollwaren	Diverses	Herrenartikel
Seidenschlor, prima Qualität, alle mod. Farben 2,45, 1,90 1,50	Strickkleidchen, reine Wolle, aparte Farben, jetzt 8,50, 6,50 4,90	Hemd, Ia Mako 5,50, 4,50 3,25	Oberhemden, Batist weiß u. farb. .. 5,90
Künstl. Seide 4,00, 2,75 0,95	Knabonanzüge, reine Wolle, extra billig 12,00, 10,00 8,00	Hose, Ia Mako 4,40, 3,25 1,90	Trikollie, weiß und farblich 7,50
Wäsche „Bemberg“ 4,20, 2,65, 1,90	Pullover, große Auswahl für Damen, Herren und Kinder .. 18,50, 12,50, 6,50	Hemd, wollgemischt 5,50, 4,25 1,90	Trikollie, durchgehend 10,75
Kaschmir-Wolle 5,50, 3,65 2,60	Sportwesten m. Krg., l. v. Farb. 12,50, 9,50	Hose, wollgemischt 4,75, 3,50 1,50	Perkal mit Kragen 3,90
Kinderstrümpfe, Gr. 1, schw. u. farb. 0,35	Jackets, Wolle mit Seide, mit und ohne Plüsch Gr. 32 12,00	Garatur, schöne Farben 9,50 4,75	Kragen, moderne Form 0,45
jede weitere Größe + 5 Pf.	dito für Damen 24,00, 21,00 18,00	Schlüpfer und Hemdhosen in boster Kunstseide billig!	Blinder, neue Muster 0,85
		Dauerwäsche „Schlückröte“ Extra billig! 22 Formen! Extra billig!	Socken, aparte Farben 0,65

Bis Ostern 5 Prozent Extra-Rabatt! Besichtigung ohne Kaufzwang!

Fensteranlagen beachten!
Große Auswahl! — Billige Preise!

Kulturarbeit

Ein Wort an die Alten!

In vielen gut besuchten Werbeveranstaltungen hat die Sozialistische Arbeiterjugend in den vergangenen Wochen die Schulentlassenen begrüßt. Die organisierte Jugend hat den Neuen, die nunmehr den gleichen Weg der Erwerbsarbeit und des Lebenskampfes beschreiten müssen, die Hand gereicht, um sie aufzunehmen in die Kampfprobe Bewegung der werktätigen Jugend. Als die Organisation des jungen Proletariats hat die Sozialistische Arbeiterjugend auch die Pflicht, diesen soeben der Kindheit Entwichenen den Weg in die große Heerstraße der sozialistischen Arbeiterbewegung zu weisen.

Und das ist das Erfreulichste an der Mehrzahl der Veranstaltungen: die Eltern und die erwachsene Arbeiterschaft überhaupt nahmen in großer Anzahl Teil an den eifrigen Darbietungen der Jungen. Sie zollten dem ehrlichen Kampfwillen und dem natürlichen Frohsinn, die aus diesen Kundgebungen hervorleuchteten, den wärmsten Anteil. Immer konnte der Beobachter feststellen, wie ergriffen die Alten waren, wenn von den vertrauten Zielen der Bewegung gesprochen wurde. In diesem Punkt erwies sich am vollkommensten die enge

Zusammengehörigkeit von alt und jung

in der sozialistischen Bewegung. Aber mehr noch ließ die Werbeweise die Größe und Bedeutung der Aufgaben erkennen, die in Angriff zu nehmen und zu bewältigen der jungen und der kommenden Generation zukommt. Vor einigen Jahrzehnten noch war der Sozialismus mehr oder weniger nur ein Zauberwort, das die arbeitenden Menschen mit tiefem Glauben an die Befreiung der Menschheit erfüllte. Der Gedanke Sozialismus erfüllte die ersten Verfechter unserer heute so starken sozialistischen Bewegung und hob sie empor über den dumpfen Alltag.

Arbeiter, Frauen und Jugend werden immer mehr erfaßt von der Flamme sozialistischer Begeisterung. Überall in der Welt bricht sich der Sozialismus Bahn und erleuchtet die dräuende Finsternis unserer Zeit. Die zerrissene und aus vielen Wunden blutende Menschheit wird immer wieder zusammengeführt durch die bezwingende Kraft des sozialistischen Zukunftsgebodens. Heute steht die politische und gewerkschaftliche Arbeiterbewegung durch ihren politischen und sozialen Fortschritt in vielen Ländern bereits vor der Inangriffnahme erster praktischer Versuche zur Gestaltung künftiger Gesellschaftsordnung. In Kultur und Wirtschaft regen sich die Geister. Aber viele Baumeister sind vonnöten, um den gewaltigen Bau Sozialismus aufzurichten. Überall in den Zellen unseres öffentlichen Lebens muß der Geist der werdenden Zeit hineingetragen werden. Wer anders, als die heranwachsende Jugend soll diese Pionierarbeit leisten? Die

Sozialistische Arbeiterjugend

ist die Schufe dieser Pioniere. In vielen Jahren hat sich die arbeitende Jugend in gemeinsamer ausdauernder Arbeit die Methoden angeeignet, die zur Bewältigung eines reichlichen Arbeitsgebietes beitragen sollen. Und unter Betonung der Selbstverwaltung und Selbsterziehung, lernend aus den Erfahrungen der alten Generation, schafft sie mutige und tüchtige Stürmer für die große Bewegung. Manches Hemmnis läßt die Begeisterung und die Fähigkeit für die Sache in ungeahntem Maße wachsen. Der

Wille zu neuer Menschheit

ist in den Reihen dieser jungen Garde lebendig. Bildung und Wissen, von altersher die Fundamente jedes Fortschritts, vermittelt die Jugendorganisation. Darüber hinaus weckt sie im jungen Menschen die Fähigkeit eigener Denkarbeit. Sie entschlüsselt in ihm das gewaltige Gefühl der Zusammengehörigkeit mit den Kameraden und Gleichaltrigen. Das ist die Vorstufe zu jenem Klassenbewußtsein späterer Jahre, das gepaart mit Erkenntnis und kritischem Urteil erforderlich ist für das Gelingen jeglicher politischer und gewerkschaftlicher Bewegung.

Gewiß kein bequemer Pfad, sondern eine rauhe Straße führt durch eine unwirtliche und harte Zeit zu unserem Menschheitsziele. Wohl wird mancher noch verzagen und auf die Mitarbeit auf halbem Wege verzichten. Aber die Jugend rüstet und wird mit Freude den langen Eroberungsmarsch antreten. Als junge Armee wird sie das Banner vorantreiben zu den von fern schon gründernden Gipfeln der Vorberge des Zukunftslandes. Viele Mädchen und Burschen haben in diesen Tagen die Brücke in das Leben überschritten.

Arus- und Erwerbsarbeit stehen vor den Jungen. Einem großen unbekannten Etwas werden sie anvertraut und irgendwo geschieht eine Landung. Auch hier tritt die Sozialistische Arbeiterjugend wieder in Erscheinung, sie zeigt sichere Stellen des Ueberganges. Sie leitet den jungen Menschen in seine freie Gewerkschaft, die er benötigt zur Sicherung seines wirtschaftlichen Daseins, sie bietet ihm einen Halt in den Stunden des Zweifels und der Verzweiflung und zeigt ihm vor allen Dingen den Weg zur sozialistischen Arbeiterbewegung. Gleichbedeutend mit

Kultur- und Fortschrittswille

ist dieser Weg. Die organisierte Arbeiterschaft hat selbst ihr lebendigstes Interesse daran, daß die kommenden Geschlechter diese Richtung einschlagen.

So wird die Sozialistische Arbeiterjugend in ihrer nunmehr einsehenden Arbeit der Sammlung und Werbung vertrauen auf die willige Unterstützung ihrer erwachsenen Kampfgenossen in den Arbeiterorganisationen. Denn nur in engstem Zusammenwirken mit ihnen besteht die Möglichkeit eines vollen Erfolges. Heute klopft die junge Garde an eure Pforten, schenkt ihr Gehör, unterstützt sie, helft ihr die arbeitende Jugend in der jungen Arbeiterbewegung zusammenzufassen! Aus starken Gruppen der Sozialistischen Arbeiterjugend werden zahlreiche und mutige Wegbahner für die politische und gewerkschaftliche Bewegung heranzüchten. U. D.

Bayerischer Volksbühnentag.

Beharrlich, wohlüberlegt, wenn auch unter größeren Schwierigkeiten als im übrigen Reiche, gewinnt in Bayern die Idee des Gemeinschaftstheaters mehr und mehr Anhänger. Das zeigte der zweite bayerische Bezirkstag des Verbandes der deutschen Volksbühnenvereine am Sonntag, dem 10. April, in Regensburg, der eine erfreuliche Delegiertenzahl zusammenführte. Vertreten waren München, Nürnberg, Würzburg, Regensburg, Augsburg, Bayreuth, Bamberg, Weihenstephan, Penzberg, Freilassing, Peissenberg, Hof, Schweinfurt, Vilsbiburg, Erlangen.

Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden des Bezirksverbandes Bayern, Landtagsabgeordneter Erhard Auer, gab Kunstschreiber Hermann Schwein ein durchgearbeitetes Referat über das Thema: Die Volksbühne als Kulturträgerin. Eingangs stellte der Redner fest, daß die Volksbühnenbewegung in Bayern leider dadurch stark gehemmt sei, daß ein Teil der Presse die Ideen der Volksbühne ihren Lesern nicht genügend oder gar falsch nahebringe. Die Volksbühnenbewegung erstrebe die Vermittlung edlerer Genüsse an alle, frei von politischen Nebenwzwecken; weltanschauliche Sonderbildung überlasse sie den dafür zuständigen Organisationen. Zweckaufgabe der Volksbühne sei, die Kunst um der Kunst und des Volkes willen zu pflegen. Das klassisch-historische Theater im Sinne des Ursprünglichen und das zeitgenössische dramatische Schaffen müßten bei der Auswahl der Stücke an erster Stelle stehen. Künstlerisch wertvolle, der Volksbühnenidee nahestehende Tendenzwerke, geschmackvolles Unterhaltungstheater und kulturbildnerischer Film brauchten nicht ausgeschlossen zu sein, aber nicht nur das Was, sondern auch das Wie sei entscheidend. Hier heiße es nicht gegen die Nachteile, sondern mit ihnen, und verirrtem Dilettantismus und abwegigem Valensspiel könne er nicht das Wort reden. Lieber solle man an Wägen, die kein gutes Theater zur Verfügung haben, schöne Dichtung wirksam vorlesen. Auch das Institut der Landesbühne, das keine paritätische Spielplanpolitik treibe, bedürfe der Kontrolle und künstlerischen Hebung. Freilich, Theaterfragen seien solche des Einflusses, darum müßten die Massen in die Volksbühnenbewegung. Der Staat müsse tatkräftiger helfen.

Nach diesem, mit einmütigem Beifall aufgenommenen Vortrag übermittelte der Vorsitzende des deutschen Gesamtverbandes Kurt Baake die Grüße des Hauptvorstandes. In der Aussprache wurde zu der Ablehnung des Valensspiels durch den Redner Stellung genommen. Schwein gab den Besprechern zu bedenken, daß bei angeregten mittelalterlichen Mysterienspielen der heutige Laie nicht mehr der des Mittelalters sei. Der Erststanzkampf der Berufsschauspieler dürfe nicht durch das qualitativ fast immer fragwürdige Valensspiel erschwert werden.

Theater für Kinder.

Von Trude E. Schulz.

Für das Kind haben alle Märchen noch den beglückenden Wert von Wirklichkeiten. Der graue, enge Tag flieht in sie über, wird weicht, bunt, erlebensreich. Es wäre grausam, wollte man das Kind lehren, an seine nüchternen Begrenztheit zu glauben, ehe ihm von selbst diese Erkenntnis aufsteht. Jedes Kind, zumal jedes Kind der ärmeren Schichten, kommt früh genug in Kontakt mit unserer Wirklichkeit. Aber das wird ihm nur undeutlich bewußt, solange es seine Wirklichkeit noch hat, die beglückende Welt der Träume und Märchen. Was dort Spannung war, löst sich hier in Entspannung. Hier werden Kräfte im Augenblick gelöst, Wunder oder tapfere Taten verwandelt in Not und Sorge in Glück und Wohlstand, jedes Leid findet sein gutes Ende. Mandes Kind würde ohne diesen tröstlichen Glauben in Verzweiflung oder dumpfe Resignation fallen und seelisch verkrüppeln. Und wie Tiere und Menschen unbewußt die Nahrungstoffe suchen, die ihren Körpern besonders zuträglich sind, so sucht das Kind auch die Kost, die seinem Geist zuträglich ist. In dieser Tatsache liegt wohl der tiefste Grund für das Verlangen nach Märchenstoffen oder mindestens nach solchen, die außerhalb der Erlebnismöglichkeiten des Kindes liegen.

Man muß das begreifen, um die Bedeutung einer Theateraufführung für das Kind zu erkennen. Viele Verkörperung all der phantastischen Dinge schafft ihnen ein Höchstmaß von Wirklichkeit, die das Kind mit seiner ganzen Wachenheit aufnimmt und bis in jede Einzelheit zu verarbeiten versucht. Eine Theateraufführung ist nicht, wie manche Menschen glauben, für das Kind nur Unterhaltung für einen Nachmittag, sondern eine Erregung zittert davon im Kinde nach und zieht unabsehbar weite Kreise. Daher ist es sehr wesentlich, was und wie man eine Sache dem Kinde auf der Bühne vorlegt. Hier wird noch viel gefordert.

Der Inhalt der Werke ist oft alles andere als kindlich. Es gibt eine Reihe von Theaterstücken, die erzieherische Eltern lobt wollen, und in denen die kindlichen Hauptpersonen zu den besten Hoffnungen berechtigen, daß aus ihnen einst die oft zitierten Normalmenschen werden. Sie leben schon jetzt in der Welt der Verbote, die überall Warnungstafeln aufplänzt: Du sollst nicht. Damit kann ein Kind aber höchstens zur Heuchelei und zur Lüge erzogen werden. Viel besser sind da lustige Streiche auf der Bühne, übermütige Ausgelassenheit, Auswertung der Abenteuerlust, aus denen es das Recht auf seine Kindlichkeit begreift und doch auch die Grenzen dieses Rechtes.

Aber alle diese Stücke, die ihren Stoff aus einem mindestens wirklichkeitsmöglichen Gebiet nehmen, bleiben auf der Kinderbühne in der Minderzahl. Im allgemeinen herrscht die phantastische Fabel, die höchstens eine wenig ins Auge springende reale Basis hat. Hier machen es sich die Verfasser meist sehr bequem. Sie gehen von dem Standpunkt aus, daß alles, was „Märchen“ heißt, Lesestoff für Kinder sei. In Wahrheit aber sind durchaus nicht alle Märchen für Kinder geeignet. Häufig triumphiert darin der Schlechte durch Lüge und Falschheit, oder wenn das böse Prinzip besiegt wird, so ist es nicht selten durch einen Menschen verkörpert, der auf eine Art den Tod erleidet, die ein mittelalterlicher Henkerstreich erfunden haben könnte. Kein vernünftiger Mensch wird aber wünschen, daß so der Ruhm des Betruges den Kindern beigebracht werde oder daß sie die Berechtigung der primitivsten Rachegefühle erkennen lernen. Daher gehören natürlich auch keine Soldaten- oder gar Kriegsgenossen auf die Bühne. Auch daß den Kindern ein Märchenkönig als der beste, klügste und tüchtigste Mann vorgeführt wird, ist heute nicht recht am Platze. Für die Generation, die nach unseren Kindern aufwächst, mag das wieder eine durchaus berechtigte Bühnenerrscheinung sein. Wir aber haben es noch zu schwer, unseren Kindern, entgegen den irrigen Missfassungen mancher Lehrer, klarzumachen, daß wir nicht nur in einer Republik leben, sondern auch, daß das die zweckmäßigste Staatsform für unser Land ist.

Ein Fehler noch wird in den Märchenstücken häufig gemacht. Die Verfasser geben zu freizügig mit Spott um, der oft in den gränlichsten Ungeheuern erscheint und den Kindern nicht nur auf der Bühne, sondern lange Zeit danach in den Träumen noch die schrecklichste Angst einjagt. Man darf eben nicht vergessen, daß das Kind, solange noch Aufführungen des Kindertheaters für sie in Frage

kommen, eine ganz besonders unkritische Einstellung zu dem Geschehen auf der Bühne hat.

Zu den Aufführungen der Stücke läßt sich noch manches sagen. Das Kind braucht Bühnenbilder, die leicht und klar zu übersehen sind. Denn es achtet noch auf jede Einzelheit und geminnt erst daraus seine Anschauung. Gibt es aber zuviel zu sehen, so ermüdet das Kind, ehe es fertig ist, und bleibt unbefriedigt. Daher soll man auf alles überflüssige Nebenher verzichten und der Phantasie des Kindes einige Entlastungsmöglichkeiten gönnen. Man glaubt gar nicht, wie bescheidene Ausstattungen eines Fränkisches, eines Waldes, einer Wiese genügen, um daraus die glanzvollste Wirklichkeit entstehen zu lassen.

Auch die Schauspieler werden den Kindern einen großen Gefallen tun, wenn sie von jedem Zueifer absehen. Bewußt kindliche Darstellung gerät meist ins Kindische, rein menschliche Gestaltung dagegen wird selten versagen. Man hat mehrmals versucht, Stücke für Kinder ausschließlich von Kindern aufzuführen zu lassen. Doch kann das nur im Pantomime in Frage kommen, wo die Spielreueigkeit von den Darstellern auf die Zuschauer übertrifft. Aber kindliche Berufsschauspieler geben mit seltenen Ausnahmen eine verlogene, affektiertere Darstellung und bleiben dem naiven Inhalt des Stückes viel ferner als Erwachsene.

Jedenfalls ist es notwendig, in einer Zeit, in der man sozial über Kindererziehung redet und schreibt, und in der sogar einiges davon in die Tat umgesetzt wird, an einem so wichtigen Erziehungsmittel im modernsten Sinne, wie es das Theater für Kinder darstellen kann, nicht mehr blind vorüberzugehen. Bisher ist es in diesem Sinne so gut wie gar nicht geschäft und verwertet worden. Sollte ich Beispiele für eine gute Kinderaufführung zitieren, ich wäre in Verlegenheit, wenn nicht — vor etwa zwei Jahren — die Volksbühne ein in jeder Hinsicht musterhaftes Kinderspiel herausgebracht hätte. Es hieß „Friedrich, der tapfere Schneiderjunge“ und stellte durchaus keine geniale Dichtung dar. Aber es war von Liebe und Verständnis für das Wesen des Kindes erfüllt. Alle jugendliche Sehnsucht nach Wunder, Abenteuer, Heldentaten und einem glücklichen Ende fand Berücksichtigung, und alles war getragen von der Idee eines schönen, freien Menschentums. Werte dieser Art aber brauchen wir dringend für unsere Kinderbühnen.

Der Generalsekretär des Deutschen Volksbühnenverbandes, Dr. Nestle, hielt einen Vortrag über Volksbühnen-Tag und Theaterausstellung in Magdeburg 1927. Er gab Einblick in die großzügigen Gestaltungspläne der bevorstehenden deutschen Theaterchau. Die deutsche Volksbühnenbewegung wird auf dieser Ausstellung in einer besonderen Halle ihre Kulturarbeit der letzten Jahrzehnte plastisch vor Augen führen.

Als Vorsitzender der Bezirksgruppe Bayern wurde Erhard Auer einstimmig wiedergewählt, der bisherige Vorstand bestätigt.

Arbeiterkonzerte.

Frühjahrskonzert des Friedrich-Segar-Chores.

Unter Mitwirkung des Berliner Konzertmeisters des M. V. veranstaltete der Friedrich-Segar-Chor (M. V. D. M.) in der Neuen Welt sein erstes Frühjahrskonzert. Westhofens „Egmont-Ouvertüre“ leitete den Abend ein. Es folgten dann die prächtigen Uthmannschen Chöre „Sturm“, „Das heilige Feuer“ und „Lord Folsom“. Obwohl schon oft gehört — diese Gesänge bilden die Säulen jedes Arbeiterchores — wird man immer wieder gepackt und tief ergriffen von der elementaren Macht der Empfindung, die einem aus Worten und Musik entgegenströmt. Der zweite Teil des Programms brachte Tschaikowskis Ouvertüre „1812“. Ein Stück Weltgeschichte voll erschütternder Trost, ausgedrückt in einem erhörten Reichtum musikalischen Empfindens. Man sieht die französische Armee als Opfer napoleonischer Herrschaft auf ihrem Rückzug aus Rußland, das Hinfallen der Kräfte, hört von ihren sterbenden Lippen das Lied der Heimat, das sich in seiner Phrasierung durch das ganze Werk zieht, um zum Schluß, vermischt mit starker Melancholie, in einem gewaltigen Klangbild zu verhallen. Den Abschluß und Höhepunkt des Abends bildete die Aufführung einer „Sozialistischen Kantate“ von Hemme, Text nach dem Dänischen von A. C. Meyer. Die außerordentliche Wirkungskraft liegt hier weniger im rein künstlerischen, als in der lebenswarmen Ursprünglichkeit, mit der die dänischen Komponisten dem Rhythmus des Volkes und dem Kampf für Besserwerden in tiefstemphunden Worten Ausdruck verleihen. Der mächtige, kraftvolle Chorgesang, der in den letzten Zeilen des Werkes in die Internationale überleitet, wirkte sehr stark. Die Solisten des Abends, Gertrud Wolff (Sopran) und Willi Briel (Bariton), Chor und Orchester boten prächtige Leistungen. Der ausverkaufte Saal spendete ehrlichen, reichsten Beifall. K-g.

Unzulängliche Kriegsofferfürsorge.

Zum 8. Gautag des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten.

Am 9. und 10. April fand in Frankfurt a. d. Oder der 8. Gautag des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsfehlhelfer und Kriegshinterbliebenen, der weitaus größten Kriegsopferorganisation, statt, der von 108 Delegierten besetzt war. Neben zahlreichen Vertretern von Behörden, waren auch die Sozialdemokratische Partei und der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund vertreten. Der Gauleiter Roete, Berlin, wies bei der Eröffnung auf die Tatsache des zehnjährigen Bestehens des Reichsbundes hin. Das Hauptprogramm des Reichsbundes sei eine vom sozialen Geiste getragene Rentenverföhrung und Fürsorge, denn das Verhalten der deutschen Unternehmer sei häufig sehr unsozial gegenüber den Kriegsbeschädigten. Der Reichsbund habe sich durch seine energische Vertretung der Kriegsopfer überall durchgesetzt. Hierdurch habe allein der Gau im Berichtsjahre eine Zunahme von mehr als 6000 Mitgliedern zu verzeichnen. Nach Erledigung des Geschäftsberichts sprach der Landrat Dr. Foth, Stettin, über das Thema „Die Kriegsopfer im Verhältnis zu Staat und Gesellschaft“. Die Deutslichkeit ließe den Kriegsopfern jetzt nicht nur gleichgültig, sondern geradezu ablehnend gegenüber. Der Grund hierfür sei, daß die Kosten für die Kriegsopferfürsorge als lästig empfunden werden. Die Kriegsopferfrage werde aber noch auf lange Zeit hinaus Problem bleiben und Staat und Gesellschaft werden sich notwendig damit beschäftigen müssen. Der Referent warf die Frage auf, woher dieser Wandel komme und erklärte es damit, daß, wenn auch seit 1918 ein Wandel in der Staatsform und der Methode der Willensbildung des Volkes im Staat nicht eingetreten sei, so doch sich der Staatsinhalt wesentlich verändert habe. Er stellte dabei den Satz auf, daß nicht die Staatsform, sondern der Staatsinhalt es sei, den die Kriegsbeschädigten beeinflussen müßten. Trotz der befriedigenden äußeren Form (Republik, Demokratie) sei der Staatsinhalt für Kriegsopfer äußerst unbefriedigend. Die Haltung des Parlaments sei mehr denn je ablehnend. Es seien zwar 92 Millionen bei den Ausgaben für Kriegshinterbliebene im vergangenen Jahre eingespart worden, aber diese seien nicht für die Kriegsopfer, sondern anderweitig verwendet worden, trotzdem der Reichstag im Jahre vorher sogar die Forderung aufgestellt hatte, an anderen Stellen zugunsten der Kriegsopfer Einsparungen zu machen. Die Kriegsopfer liegen im Kampfe mit Staat und Gesellschaft. Sie haben auf ihrer Seite das Recht und die Moral. Sie streiten einen guten Kampf, den Kampf um den befriedeten Staat, die befriedete Gesellschaft und die befriedete Menschheit. Die feindseligen Ausführungen des Referenten fanden lebhaftige Zustimmung der Delegierten.

Am zweiten Verhandlungstag sprach der Bundesvorsitzende Pfänder, Berlin, über „Versorgung und Fürsorge“. Er führte aus, daß man im neunten Jahre nach Abschluß des Krieges feststellen müsse, daß die Versorgung der Kriegsopfer nicht so sei, daß sie im allgemeinen befriedigen könne. Seit dem Jahre 1920 sei durch schematische Abfindungsmahnahmen die Zahl der Kriegsbeschädigten von 1.534.000 auf 735.000 gemindert worden. Die dadurch eingesparten Mittel seien aber für Rentenerhöhungen für die Hebriggebliebenen nicht benutzt, sondern für andere Zwecke ausgegeben worden. Die Regierungsparteien haben alle Erhöhungsanträge mit dem Hinweis auf den Mangel an Mitteln abgelehnt. Fest stehe aber, daß zweifellos im Rahmen des Reichshaushalts an manchen Stellen gespart werden könne, um so die notwendigen Mittel für die Kriegsopfer freizubekommen, so insbesondere bei der Reichswehr. Der Bau von Kriegsschiffen könne eingekürzt werden, auch sei keine besondere Rechtspflege für die Reichswehr notwendig. Der Redner verlangte unter allgemeiner Zustimmung Beseitigung des gegenwärtigen Bedürfnisprinzips und Einbau der Zusatzrenten in die allgemeinen Renten. Das bisher den Reichsbeschädigten und Abgefundenen zugesagte Unrecht müsse wieder gut gemacht werden. Die Fürsorgestellen müßten für ihre eigentliche Aufgabe, der sozialen individuellen Fürsorge, insbesondere für die große Aufgabe der Erziehung und Berufsausbildung freigestellt werden. Der Redner sprach ferner über das Siedlungsproblem. Verlangt müsse werden, daß bei der Kapitalabfindung bei Tilgung des Kapitals die Rente wieder ausbleiben müsse; das sei besonders für das Alter sehr notwendig. Vom Reiche müsse in der Siedlung mehr Entgegenkommen verlangt werden, als es bisher gezeigt habe. Die bisher zur Verfügung stehenden Mittel von jährlich 2½ Millionen Mark seien keine durchgreifende Hilfe. Es gäbe allein 39.580 tuberkulose Kriegsbeschädigte, die Rente beziehen. Wollte man nur jedem eine Ergänzungshypothek von 2000 Mark geben, dann brauchte man allein bei dem gegenwärtigen Tempo 32 Jahre, um nur die Lungenskranken unterzubringen. Der Reichsbund verlasse sich bei der Siedlung nicht allein auf die öffentliche Hilfe, sondern sei zur tatkräftigen Selbsthilfe übergegangen. Aus den Rücklagen seiner Sterbefälle habe er gegen selbstschuldnerische Bürgschaft der Gemeinden bis jetzt Zwischenkredite an seine Mitglieder im Gesamtbetrag von 1½ Millionen Reichsmark gegeben. Der Reichsbund stehe bei seinen Forderungen auf dem Boden der Verfassung von Weimar. Er wisse, daß auf diesem Boden verantwortliche Mitarbeit möglich sei, nicht aber im Obrigkeitstaat. Zu dieser Mitarbeit im öffentlichen Leben und der Mithilfe bei der Neugestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse sei er durchaus bereit, denn nur dadurch könnten auch die berechtigten Forderungen durchgesetzt werden.

Der Gautag beschäftigte sich dann noch mit einer großen Zahl von Anträgen, aus denen immer wieder zu erkennen war, daß der Staat noch vieles durchführen müsse, um den Belangen der Kriegsopfer gerecht zu werden. Nach der Wahl der Delegierten zum Bundestag, der in der Zeit vom 22. bis 25. Mai in Hamburg stattfindet, wurde die bedeutungsvolle Tagung geschlossen.

Die Folgen der Mieterhöhungen.

Die Klagen großer Hausbesitzerkonzerne und ihrer Verwaltungen über Mietersrückstände sind immer ein guter Gradmesser für die Wirtschaftslage der Mieter. Von diesen Seiten hört man, daß, wie nicht anders zu erwarten war, die Rückstände wieder stark angewachsen sind und in den hauptsächlich von Kleinmiethern bewohnten Häusern durchschnittlich den fünften Teil der Mieten ausmachen. Das wäre vermieden worden, wenn man dem sozialdemokratischen Antrage, das Sperrgesetz für die 100prozentige Friedensmiete bis zum 1. April 1928 zu verlängern, stattgegeben hätte. Sie gar nicht zu melden, wenn nicht gezahlt werden kann, ist verkehrt. Es ist dringend zu empfehlen, nicht zu warten, bis die volle Miete beisammen ist, sondern frühzeitig Teilzahlungen anzubieten. Der Hausbesitzer ist zwar nicht verpflichtet, Teilzahlungen anzunehmen, aber in den weitaus meisten Fällen wird das Angebot nicht abgelehnt. Der bewiesene gute Wille zum Zahlen nach Kräften ist stets ein Abwehrmittel gegen etwaige spätere gerichtliche Klagen.

Schäferhundschau. Die Ortsgruppe „Wannseebahn“ des Vereins für deutsche Schäferhunde hielt am Sonntag in der Schloßbrauerei Schöneberg eine Ausstellung für reinrassige Schäferhunde ab, zu der sich 58 Hunde eingefunden hatten. Der Nachmittag brachte sehr interessante Vorführungen von Polizeihunden, bei denen sich freilich des öfteren beim Lautgeben herausstellte, daß die Hunde, die schon seit 8 Uhr morgens auf dem Gelände verweilten, völlig heiser waren. Es hatte inzwischen ja auch gar zu viel gegeben, was zu beklaffen war. Der bekannte Rennhund Lucho v. Bärensprung wurde u. a. mit seiner Tochter gemeinsam vorgeführt. Ein wahrhaft sportlich schneidiges Familienidyll. Lucho v. Bärensprung nahm auch einwandfrei die höchste Höhe der Kletterwand, und zwar 2 Meter 95 Zentimeter. Seine Kollegen schieden, obwohl sie gleichfalls gute Leistungen zeigten, vorher aus. Bei der Mannarbeit wurde der Pseudoverbrecher von einem Hunde gebissen, erfreulicherweise nicht erheblich. Sonst zeigte aber gerade die Mannarbeit, daß die Hunde nicht nur schuß- und hiebtest, sondern daß sie auch sehr im Appell sind.

Beschäfts-Anzeiger

Bezirk Süden-Westen.

Deutsche Warenvertriebs-Gesellschaft für Beamte und Angestellte A.-G.

(Am Untergrundbahnhof Klosterstraße) Berlin C 2, Klosterstraße 75 (im Haus der ehemaligen Kunstschule)
Anschluß an erste Fabriken fast aller Branchen. — Lieferung von Waren aller Art an Beamte und Angestellte.



Wirklich billige Preise
Anerkante Qualitätswaren
Bei Barzahlung
Vergütung des Reichsbank-Diskontsatzes

Zum Osterfest:
Herren-, Damen-, Kinder-Kleidung, Wäsche, Baumwollwaren, Wollwaren, Trikotasen, Strümpfe, Schuhwaren, Möbel, Kleinmöbel, Teppiche, Korbwaren, Beleuchtungskörper, Fahrräder usw. usw.

Auf Wunsch:
Sofortige Aushändigung der Waren!
ohne Anzahlung
(erste Zahlung am 1. Mai). — Tilgung der Kaufsumme
in Teilbeträgen bis zu 24 Monaten



Café Schöneberg

Bierhaus /// Café /// Conditorei /// Festsäle
Hauptstraße 23-24
Inh.: Wolfgang Grunze // Telefon: Stephan 8618
4 Verbandskegelbahnen 4 Verbandskegelbahnen
Tägl. erstkl. Künstlerkonzert / Treffpunkt der Schöneberger Bürger

FRISIER-SALON für Damen und Herren

Gute Bedienung ☺ Solide Preise
Stadtbad Kreuzberg, Bärwaldstr. 64-65



Bücher sind Waffen im Kampf der Ideen!

Gewerkschafter kaufen ihre Bücher bei der Verlags-gesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes
Berlin S 14
Inselstr. 6

VOLKSFEUERBESTATTUNGS-VEREIN
vormals Volks-Feuerbestattungs-Verein Groß-Berlin V.V. & G.
1913

UNTER REICHAUFSICHT
GESCHÄFTSGEBIET, DEUTSCHES REICH
MEMELGEBIET UND FREISTAAT DANZIG

HAUPTGESCHÄFTSSTELLE:
**BERLIN NW 40
ROONSTRASSE 4**
RUF: HANSA 1747-48, 8240-41
EIG. VERWALTUNGS-GEBÄUDE

KEIN KIRCHENAUSTRITT ERFORDERLICH
NACH EINMONATIGER MITGLIEDSCHAFT
UNBEDINGTEN RECHTSANSPRUCH AUF
KOSTENLOSE, MIETATVOLLE BESTATTUNG

MAN VERLANGE KOSTENFREIE PROSPEKTE

Die Königtädtische Dampf-Wasch-Anstalt
SD 33, Cuornstraße 1 Tpl. 3618, 6982 [30]
twäscht gut und billig

Möbel
Speise-
Kammer-
Schlaf-
Zimmer,
bekannt gut
und billig.
Neugebauer
CHARLOTTENBURG
Wilhelmsufer Str. 119
Ecke Juchler Str.
König-Ludwig-
Ecke
Besichtigen Sie mein
reichhaltiges Lager

Das Gebot der Stunde
ist der Eintritt in den
Erd- und Feuer-Bestattungsverein Groß-Berlin [21]
W 35, Steglitzer Straße 66
Fernsprecher: Nollendorf 4168/69

Stadtbad Kreuzberg
Bärwaldstraße 64, 67. [7]
Aller Art medizinische Bäder für Herren und Damen.
Geöffnet täglich von morgens 9 Uhr bis abends 7 Uhr.
Kassenschluß 6 Uhr :: Zugelassen bei sämtl. Krankenkassen.
Schwimm-, Wannen- und Brausebäder.

Hauptverkehrslokal des Reichsbanners:
August Strunk [24]
Charlottenburg
Spree-Ecke Wallstr.

Metallbetten
Stahlmattressen, Kinderbetten gleich so hier
Kat. 650 tr. Eisenmöbelfabrik Suhl. Thür.

Restaurant Belle-Alliance [14]
Belle-Alliance-Platz 8

Verlangt den guten
Sökeland Pumpnickel
und
das nahrhafte vitaminreiche
Roggenschrotbrot
E. Sökeland & Söhne [27]

Bauhütte Berlin G.m.b.H.
Gesellschaft für Bauausführungen aller Art
Berlin SW 48, Wilhelmstr. 106
Fernsprecher:
Zentrum 3205, 3206, 3207 [23]

Größte Berl. Korbmöbel-Fabrik
Friedrich Braune
Brunnenstraße 32
Chausseestraße 77
Kottbuser Damm 9 [25]

Max Geist
Tabakfabrikate
Engros-lager:
Stallschreiberstr. 23a
Filialen in Groß-Berlin
Frankfurt a. d. Oder
und Starvord i. Pommern

Besonders wirksam sind die Knieen Anzeiger in der Gesamt-Auflage des Vorwärts und trotzdem billig!